

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Redaktion: Wilh. Köhling in Düsseldorf,
Corneliusstr. 66. Berichte, keine Beiträge zc. sind
zuerst an den betr. Bezirksvorständen einzuliefern.
Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei
der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden
Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post
bezogen 3.— Mr. Expedition und Druck von
Joh. van Aken in Krefeld, Luth. Kirchstr. 65.
Fernsprech-Nr. 1358. Bismarck

Nr. 37. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 14. September 1907. Fernpredi-Nummer 4423. 9. Jahrgang.

Wie kam es doch?

Man kann heute noch tagtäglich die Erfahrung machen, daß selbst solche Personen, die auf eine gewisse Allgemeinbildung Anspruch machen, den Aufgaben einer zeitgemäßen Sozialpolitik verständnislos gegenüberstehen. Anders ist es doch wohl nicht zu erklären, wenn Arbeitgeber von den Vertretern der Arbeiterorganisationen als von berufsmäßigen Hebern und Aufwieglern reden. Oftmals mag ja in solchen Fällen die böse Absicht zugrunde liegen, die Arbeiterjahre bei den Arbeitern und bei der Definitivität in Mißtraut zu bringen. Andererseits läßt sich aber auch nicht leugnen, daß manchmal nur die Nichtkenntnis der volkswirtschaftlichen Aufgaben unserer Zeit bei den Arbeitgebern die Ursache ihres feindseligen Verhaltens gegenüber den Arbeiterorganisationen bildet. Und doch läßt sich getrost behaupten, daß heute kein Glied der Kulturmenschen, weß Standes er auch sei, sich der Notwendigkeit verschließen kann, sich über die Zusammenhänge des Wirtschaftslebens und über die Ziele der Wirtschafts- und Sozialpolitik Rechenschaft abzulegen. Stößt doch der Kulturmensch heute auf Schritt und Tritt auf Fragen, die sich ohne eine gewisse Kenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge schwer oder gar nicht beantworten lassen.

Fragen wir uns, warum denn diese unserer Zeit eigentümliche Tatsache begründet sei, daß die volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Probleme unserer Zeit den Kopf des Bürgers umsummen wie aufdringliche Fliegen, so kann, schreibt Professor Werner Simbart, die Antwort nicht schwer sein. Sie findet sich wohl in folgenden Umständen ihre Begründung:

Durch die rasche Vermehrung unserer Bevölkerung — in hundert Jahren hat sich die Einwohnerzahl von Europa verdoppelt — ist der wirtschaftliche Kampf erbitterter, intensiver geworden. Jeder hat heute mehr Not, sich Geltung zu verschaffen, sich seinen Platz an der Sonne zu erobern als ein Jahrhundert früher oder auch nur vor ein paar Menschenaltern. Man schaue sich nur den Konkurrenzkampf in der Geschäftswelt an, wie der eine bestrebt ist, dem andern vorzuzukommen. Man zähle die Konkurrenz auf eine leere Stelle, die in einer Branche ausgeübt wird.

Über dieser rein quantitativ gesteigerten wirtschaftlichen Druck, der auf dem Einzelnen lastet, wird vielleicht noch nicht genug haben, um die veränderte Stellung zu der Wissenschaft vom wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben zu erklären, wenn er nicht begleitet gewesen wäre von einer gleichzeitigen Neugestaltung aller Lebensverhältnisse. Man weiß, daß es der Kapitalismus ist, der diese Umbildung bewirkt hat, eine Umbildung von solcher Tiefe, wie sie keine Zeit vorher erlebt hat, aber auch von solcher Wichtigkeit, wie sie ebenfalls in keiner früheren Geschichtsepoke beobachtet worden ist. Was die Jahrhunderte und Jahrtausende aufgebaut hatten, das ist in wenigen Jahrzehnten in Trümmer gesunken. Wie ein Fels, den die Wellen des Wassers in unendlich langer Zeit gebildet haben, durch einen plötzlichen Erdstoß über den Haufen geworfen wird, so ist in unserer denkwürdigen Zeit der Kapitalismus mit den Einrichtungen früherer Geschlechter verfahren.

Im Innern der Gesellschaft sind die alten Klassen in ihrem Bestehen gefährdet, wenn sie nicht schon verdrängt sind. An ihre Stelle tritt diejenige Klasse, die den Kapitalismus vertritt. Keineswegs aber kann diese neue Klasse sich nur ebenso sicher und behaglich in ihrem Bestande fühlen, wie Jahrhunderte lang die durch sie verdrängten alten Klassen. Nein, sie kann keinen Augenblick ihres Sieges froh werden! Dem hinter ihr drein zieht ein mächtiger Schatten, der, wo er hinfällt, die Lande verdunkelt: die Klasse des beschloßenen Proletariats, das der eben zu Macht und Ansehen gelangten Kapitalistenklasse gleich schon den Weg streitig macht. Und so erwacht das Miesenproblem, diese Waffen der alten Kulturgemeinschaften einzugliedern, ohne daß die menschliche Gesellschaft die Errungenschaften einbüßt, die das Werk von Jahrtausenden sind.

Die Familie in ihrem alten Bestande, auf der alle früheren Kulturen aufgebaut gewesen waren, löst sich auf. Die alte patriarchalische Bauernfamilie zerfällt, aber auch die bürgerliche Familie verliert ihre Bedeutung als Trägerin wichtiger ökonomischer Funktionen. Und damit verschiebt sich die Stellung der Frau im Organismus des Wirtschaftslebens und der Gesellschaft von Grund aus.

Sie erwirbt jetzt ihren Unterhalt nicht mehr innerhalb der Mauern des Hauses. Sie findet ihn aber auf dem Markte, im Wettbewerb mit dem Manne, den sie nun im Konkurrenzkampfe, weil sie geringere Ansprüche stellt, unterbietet und denselben dadurch wiederum unfähig macht, eine Familie zu ernähren.

Gleichzeitig vollzieht sich eine räumliche Umschichtung der Bevölkerung innerhalb der modernen Kulturstaaten. Die große Industrie ballt die Bevölkerung an einzelnen Punkten zusammen. Während noch vor hundert Jahren ein knappes Viertel der Einwohner Deutschlands in Städten wohnte, ist es heute mehr als die Hälfte. Und in was für Städte! Die Großstadt im heutigen Sinne ist erst das Werk des letzten Jahrhunderts. In Städten mit mehr als 50000 Einwohnern leben in Deutschland um die Mitte des 19. Jahrhunderts (1843) erst 1229 580 Menschen oder 3,5 Prozent der Gesamtbevölkerung, am Ende des Jahrhunderts (1900) jedoch schon 11 861 924 oder 21,9 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Und in Städten mit mehr als 100000 Einwohnern, in denen 1871 noch nicht 2 Millionen wohnen (5,34 Proz. der Gesamtbevölkerung), drängen sich jetzt 10 Millionen Menschen (1900 waren es 9,2 Millionen oder 16,36 Proz. der Gesamtbevölkerung.)

Und alle Arbeitsbedingungen sind ebenfalls von Grund auf verändert. Wo früher der Landmann hinter dem Pfluge in Gottes freier Natur schritt, wo der Handwerker hinter der Werkbank stand, da türmt sich jetzt die riesige Fabrik auf, die tags- und vielleicht auch nachts über die Arbeitermassen verschlingt, um in ungeheurer Teilarbeit, in oft überheizten, staubgefüllten Räumen ihre Kräfte vorzeitig aufzuheben. Und an Stelle des kleinen Ladens erhebt sich in den Großstädten das Warenhaus, wo Tausende von Angestellten nach strengsten Anweisungen automatisch ihr geistiges Teilwerk verrichten.

Durch die Straßen, über das Land hin, wo ehemals die Postkutsche im Sande schlich, jaget die Dampftrasse und die elektrischen Bahnen. Vor 100 Jahren reisten in Deutschland noch nicht eine Million Menschen während eines Jahres; heute sind es weit mehr als tausend Millionen.

Die wachsende Volksmenge und der zunehmende Reichtum haben zunächst eine Verbreitung der Kulturbasis ermöglicht, wie sie in gleichem Umfange in keinem früheren Jahrhunderte erreicht worden ist. Man bedenke nur, was heute an Büchern gedruckt wird gegen früher. In Deutschland erschienen Anfang des 19. Jahrhunderts 3 bis 4000 Bücher neu in jedem Jahre. Heute über 25000. Nehmen wir die durchschnittliche Auflage eines Buches vor 100 Jahren mit 500, heute nur mit tausend an, so wurde damals für jeden 16., heute schon für jeden zweiten Menschen ein Buchexemplar neu hergestellt.

Bedenken müssen wir ferner, daß unsere Zeit neben der Massenproduktion auch die Methoden der Massenerbreitung von Bildung erst recht entwickelt hat. Wir brauchen nur an die Zeitung zu denken, dieses edelste Kind moderner Wirtschaft und moderner Technik. Wie wäre sie denkbar ohne die epochemachenden Erfindungen des endlosen Papiers und der Rotationspresse, die Eisenbahnen, des Telegraphen und des Telefons? Im Jahre 1824 gab es in Preußen erst 845 Zeitungen, mit gewiß recht geringen Auflagen. Ende des 19. Jahrhunderts wurden in Deutschland anderthalb Milliarden Zeitungsmummern allein durch die Post befördert.

Wohin man auch schaut, welches Gebiet des Kulturlebens man auch betrachtet, immer drängt sich mit unwiderstehlicher Gewalt die Beobachtung auf, daß die wirtschaftliche Entwicklung einen mächtigen Einfluß auf alles Gehehene ausübt. Darum muß auch jeder, der Anteil an den Schicksalen des Menschengeschlechts und an den Existenzbedingungen der Kultur nimmt, die kulturelle Entwicklung und die wirtschaftlichen Zusammenhänge zu erfassen suchen. Die Kenntnis dieser Dinge aber bietet den Schlüssel zum Verständnis der neuzeitlichen Berufsorganisationen, vor allem der modernen Arbeiterbewegung.

Christliche Gewerkschaften und Buchdrucker- verband.

Schon seit Monaten spielt sich in den Kreisen, die mit dem Buchdruckerergewerbe in näherer Fühlung stehen, ein Gelechts ab, welches am Ende darüber entscheiden soll, ob die eigenartige Stellung, die der Verband der deutschen Buchdrucker bisher in der deutschen Arbeiterbewegung besessen, auch fernerhin gewahrt bleibt. Wir denken hier weniger an den Buchdruckerverband als alleinigen Kontrahenten der Arbeiter beim Tarifvertrags-Abschlusse, als an die Zwitterstellung, die dem Verbande bislang als „wählende“ Eigenart von fast allen Strömungen der deutschen Arbeiterbewegung zu gut gehalten wurde.

Ueber die Stellung des Verbandes in der Tarifvertragsfrage, erübrigt es sich, viel zu sagen. Bekanntlich hat es derselbe im vergangenen Jahre durchgeführt, daß er als alleiniger Kontrahent der Buchdruckergehilfen den Vertragsabschlusse tätige und so der als unabhängige Buchdruckerorganisation bestehende „Gutenbergsbund“ ausgeschaltet wurde. Sollte sich jedoch im Laufe der Zeit zeigen, daß der Bund tariflos sei, so sollte dessen Einzug in der Tarifgemeinschaft ermöglicht werden. Da der Bund, der sich inzwischen dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften angeschlossen hat, von jeher tariflos gewesen ist, erscheint das Bestehen des Verbandes, den Bund auszuscheiden und sich selbst so eine Monopolstellung zu verschaffen, ausgeschlossen. Die christliche Arbeiterbewegung mit ihrer Million Anhänger wird schon Sorge dafür tragen, daß die Buchdruckerprinzipale der Haltung des Verbandes sich entgegenstellen.

Eines muß hier, und damit ist die eigentliche Kernfrage angeschnitten, bedauert werden: In der christlichen Arbeiterbewegung hat man sich bisher über die eigentlichen Tendenzen des Buchdruckerverbandes hinwegtäuschen lassen. Die Annahme, die der Verband heute an den Tag legt, ist in der Hauptsache mit zurückzuführen auf die Haltung, welche die christliche Arbeiterbewegung dem Verbande gegenüber einnahm. Wenn heute der Verband versucht, auf Grund seiner starken Mitgliederzahl eine Monopolstellung einzunehmen, fernstehende Gehilfen durch den Vertragsabschlusse in den Verband zwingen will, dann ist man dessen gewiß, daß Organe der christlichen Arbeiterbewegung unbewußt diesen Entwicklungsgang

des Buchdruckerverbandes gefördert haben. Oder hat etwa ein anderer der Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften angehörender Verband derartige Unterstützung unversehrt gefunden, als der Buchdruckerverband?

Der Buchdruckerverband war ein Bräutigam. Wo der Tarifvertrag, die Neutralität der Gewerkschaften, die Unterstufungsklassen usw. auf der Tagesordnung standen, konnte man gewiß sein, daß dem Buchdruckerverbande lobend Erwähnung getan wurde. Warum? Weil man sich durch die dort gebräuchliche Taktik hat irre machen lassen, den Buchdruckerverband in seiner wahren Gestalt nicht erkannt hat.

Für die christlichen Gewerkschaften war die Neutralität des Buchdruckerverbandes etwas unantastbares und solches schätzte man auch dessen Nimbus auf allen andern Gebieten. Und doch darf nicht verkannt werden, daß es für eine geistliche Entwicklung einer Buchdruckerorganisation auf neutraler Grundlage ein bedeutender Vorteil gewesen wäre, wenn von seiten der christlichen Gewerkschaften schon einige Jahre früher der Buchdruckerverband als sozialdemokratische Organisation entlarvt worden wäre. Aber man hat sich täuschen lassen. Wo Verträge gegen die Neutralität vorliefen, hat man sie mit dem Mantel der Liebe zugebedt. So eiferfüchtig man in den eigenen Reihen die Innehaltung der religiösen und politischen Neutralität beobachtete, so nachsichtig ist man gegenüber dem Buchdruckerverband gewesen.

Wohl zu verstehen ist daher, wenn heute aus dem Lager des sozialdemokratischen Verbandes uns entgegenhört: „Früher waren wir euch stets die Feinde; heute, wo der „Gutenbergsbund“ in euren Reihen sich gefunden hat, da taugen wir euch plötzlich nichts mehr.“ Die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ weist in ihrer Nr. 34 nach, daß die Haltung der christlichen Arbeiterbewegung gegenüber dem Verbande sich nicht momentan geändert hat, sondern in Anpassung der Entwicklung im Buchdruckerverband vor sich gegangen ist. Das trifft gewiß zu, doch läßt sich nicht verkennen, daß erst nach der größer gewordenen Bedeutung des „Gutenbergsbundes“ die Verhältnisse im Buchdruckerergewerbe allseitige Beobachtung fanden und diese nur zu einer Ablehnung des Buchdruckerverbandes als wirklich neutraler Organisation führten konnte.

Heute legt man sich die Frage vor, wie war die wohlwollende Beurteilung, die man dem Verbande seitens der christlichen Gewerkschaften zuteil werden ließ, nur so lange möglich? Dafür sind ohne Zweifel Gründe besonderer Natur maßgebend. Man hat fast in allen Korporationen Personen, die, wenn auch nicht die schlauesten, doch das Glück haben, die Leute zu nehmen wie sie sind. Sie geben sich durch ihr freies Auftreten, durch ihre Kritik nach rechts und links den Anschein, als ob einzig und allein sie diejenigen wären, die sich das größtmögliche Maß von Selbständigkeit und Unabhängigkeit bewahrt hätten. So auch die leitenden Kreise im Buchdruckerverband. Mit dem Herzen ist man hier stets bei der Sozialdemokratie und ihren Gewerkschaften gewesen. Nach außen hingegen suchte man den Anschein zu erwecken, als ob die Aristokraten der Arbeiterschaft noch lange nicht die Sitten und Gewohnheiten der Ballonmengenproleten hätten. Man stänkte gegen die eigenen „Genossen“, um den Schein der Unabhängigkeit zu wahren; man stänkte gegen die christlich gesinnten Kollegen im Verbande, um's nicht mit den eigenen „Genossen“ zu verderben. Und die Entscheidung, nach welcher Seite die Unabhängigkeit am meisten neigte, fiel stets zu Ungunsten wirklicher Neutralität aus. Erlaubte sich im „Korrespondent“ ein christlich gesinntes Verbandsmitglied eine abweichende Meinung von der der Redaktion zu haben, so konnte er stets sicher sein, daß seine Ausführungen von einem spaltenlangen Kommentar begleitet waren. Schon daran war zu erkennen, wie es mit der Neutralität bestellt war.

Doch sind auch sonstige Beweise für den sozialdemokratischen Charakter des Verbandes in genügender Anzahl vorhanden. So zählt die Westdeutsche Arbeiter-Zeitung folgende „neutrale“ Haltungen in den Zahlstellen des Verbandes seit dem Jahre 1905 auf: Der Vorstand des Ortsvereins Krefeld fordert in einem Flugblatt die Mitglieder auf, die sozialdemokratischen Kandidaten zu wählen. (Ende 1905.)

Im August 1905 wurde der Schriftleiter Germann in Worms aus dem Verbande ausgeschlossen, weil er sich in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung betätigt hat. Der Schriftleiter Krieger in Köln wurde ausgeschlossen, weil er für katholische Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften (den Hilfs- und Transportarbeiterverband) agitierte.

Der Schriftleiter Joh. Breddemann-Essen, vornehmlich für den Kreisverein für das katholische Deutschland und die katholischen Arbeitervereine tätig, wird ebenfalls aus dem Verbande gestrichen.

Der Schriftleiter Joh. Treffert hatte sich erlaubt, in einer Verbandsversammlung in Essen anderer Meinung über die „Pflaster“ zu sein, wie seine Mitkollegen. Daraufhin wurden ihm auf einer bald folgenden Verbandsversammlung folgende Fragen vorgelegt: a. Wie gebanten Sie sich in Zukunft zu verhalten bezüglich der Agitation für christliche Gewerkschaften? b. Für welche Kandidaten gebanten Sie einzutreten bei der Kandidatenwahl? c. Für welche Kandidaten bei der Gewerkschaftswahl? Treffert konnte natürlich diese Fragen nicht im Sinne des Inquisitionstribunals beantworten und wurde aus dem Verbande ausgeschlossen.

Die hier genannten und ausgeschlossenen Verbandsmitglieder haben die Propaganda für eine andere Organisation im Buchdruckerergewerbe gemacht, im Gegenteil, sie haben an der Unterbreitung des Verbandes höchst wirksam gearbeitet. Aber hat den Ortsverein Arnberg 1. B. mitgegeben.

Am 3. August 1905 hat die Bezirksversammlung zu Neustadt a. S. des S.-B. sich mit der Frage beschäftigt, ob es Verbandsmitgliedern erlaubt wäre, einem katholischen Arbeiterverein beizutreten. Vier Kollegen hatten sich nämlich den Recht herausgenommen. Die Majorität der Versammlung war der Meinung, daß dies nicht zu gestatten sei; es müsse den Betroffenen ein „Entweder — Oder“ gestellt werden. Es sei zu bedauern, bemerkte bei der Gelegenheit ein Mitglied des Verbandes, daß organisierte Buchdrucker, die Pioniere der Arbeiterbewegung, noch Religion brauchen. Er sei Atheist und ein Buchdrucker müsse es sein. Nur dem energischen öffentlichen Protest der katholischen Arbeiterpartei ist es zu verdanken, daß jene Drohung nicht Wahrheit wurde. (Der Ausschluß ist also nicht erfolgt.)

Im Februar 1906 forderte der Vorstand des Ortsvereins Wachen die Verbandsmitglieder auf, ein von der sozialdemokratischen Partei herausgegebenes und gegen die Zentrumspartei gerichtetes, also in Wahrheit parteipolitisches Flugblatt (zur Stadtverordnetenwahl) mitzubringen. Es wurde Kontrolle gefordert darüber, wie die Verbandsmitglieder wählen, so daß der Schriftleiter (zugleich sozialdemokratischer Kandidat) in der Verbandsversammlung des Ortsvereins mit Stolz konstatieren konnte: „Die Buchdrucker Wachen haben tabellarisch (sozialdemokratisch) gewählt.“ — „Bis auf wenige“ ergangte ein anderes Verbandsmitglied.

Bei der Essener Gewerbegerichtswahl 1906 stand auf der Liste der christlichen Arbeiter u. a. auch ein Mitglied des Buchdruckerverbandes, Gustav Kramfeld. Kramfeld war der Name öffentlich bekannt, so wurde er bestärkt, zuzutreten. Er erklärte daraufhin: er persönlich bliebe gern auf der Liste, aber mit Rücksicht auf den Verband sei es besser, vor ihm Abstand zu nehmen.

Am 17. Oktober 1906 wurde das Verbandsmitglied Paul Neuhöfer-Kachen aus dem Verband ausgeschlossen unter der Begründung: 1. soll N. Berichterstatter der Westf. Arb.-Ztg. sein, 2. wird vermutet, daß er Verbandsvorsitzer der Neutralitätsbewegung in einem Artikel beabsichtigt. (S. oben.) Es wird vermutet, daß das Inquisitionsgericht Beschüsse in der Druckerei der „Westf. Arb.-Ztg.“ gefunden.

In mehreren Ortsvereinen sind die Mitglieder des Buchdruckerverbandes gezwungen worden, für die sozialdemokratischen Gewerkschaften Beiträge zu zahlen. Zwar haben sich verschiedene Instanzen des Verbandes gegen derartige obligatorischen Beiträge erklärt. Aber die praktische Konsequenz des Obigen sind die Opponenten war in dem gegebenen Falle doch die, daß die Opponenten herausgefordert wurden und selbst erklärten, daß man es ihnen nicht zumuten könne, bei der in den Verbandsstatuten angeführten Behandlung noch weiter dem Verbande anzugehören. (Koblenz, Köln.)

So wie man in den Zahlstellen die Neutralität vertrat, so in derselben Weise auch an der Verbandsleitung. Es blieb daher auch ein „Eingekerkertes“ im „Korrespondent“ unübersehbar, daß da befragte: „... nach dem Kölner Gewerkschaftskongresse, wie insbesondere nach dem Mannheimer Parteitag kann für eine neutrale Gewerkschaft kein Platz mehr in dieser Generalkommission sein. Als aufrichtiger Sozialdemokrat kann ich also nur wünschen, daß diese von keiner Seite, auch vom Verbandsvorstande nicht zu begründende Zwitterstellung aufgegeben wird. Entweder wir bleiben der Generalkommission angegeschlossen und geben das Odium der Neutralität auf oder, wenn wir glauben, das nicht zu können, dann müssen wir die Konsequenzen aus der Neutralität ziehen und der Generalkommission ... fernbleiben.“

Derselben Ansicht war auch der Redakteur des Verbandsorgans, Neuhöfer, als er auf der bekannten Verbandskonferenz 1906 erklärte:

„Ich habe niemals geleugnet, daß ich auf dem Boden des Sozialismus stehe, ich habe mich auch nicht gekümmert, bei der Agitation selbst in Rheinland-Westfalen das zu erklären. Ich habe wiederholt geschrieben, daß man sich auf den Standpunkt stellen müßte, daß die kapitalistische Entwicklung der Weisheit letzter Schluss sein müßte, wenn man nicht Sozialist wäre. Das hat wiederholt im „Korrespondent“ gefunden. ... Das Wort, das Bismarck wiederholt gebrauch hat, Gewerkschaften und Sozialdemokratie sind eins“, hat eine gewisse Berechtigung. Das habe ich auch vor kurzem in einer öffentlichen Versammlung in Dresden gesagt.“

Nach derartigen Proben Buchdruckerverbands-Neutralität wird man es den christlichen Gewerkschaftlern nicht verübeln können, wenn ihnen endlich der Geduldsfaden reißt und sie den „neutralen“ Buchdruckerverband in die Kumpfkammer werfen. Es hat heute keinen Zweck mehr, den Dingen im Buchdruckerergewerbe ruhig zuzusehen. Die christlichen Arbeiter müssen sich rühren und den roten Demagogen des Buchdruckerverbandes die Maske lüften.

So wie an der Zeitung, so finden sich leider auch in den Zahlstellen des Verbandes noch Elemente, die sich in ihrer Doppelnatur recht wohl fühlen. Manche mögen vorhanden sein, die ihrer christlichen Gesinnung keinen Zwang an tun und entsprechend handeln, aber nur dort — wo Gleichgesinnte vertreten sind. Solche viele aber auch glauben es mit ihrer sozialdemokratischen Verbandsbesinnung vereinbaren zu können, in den konfessionellen und politischen bürgerlichen Vereinen eine Rolle zu spielen. Hier muß Klarheit geschaffen werden und müssen die christlichen Gewerkschaftler zur Entscheidung drängen. Je eher diese herbeigeführt wird, desto besser. Für jeden christlichen Buchdrucker kommt der Buchdruckerverband heute als Organisation nicht mehr in Betracht. Der Verband ist entlarvt, sein sozialdemokratischer Charakter liegt offen zutage. Die Gewerkschaft, der jeder christliche Buchdrucker angehören muß, ist der „Gutenbergsbund“. Sorge man allenthalben für dessen Entzerrung.

(Der Deutsche Holzarbeiter.)

Partei und Gewerkschaften.

Wer den Vorwurf der „freien“ Gewerkschaften die Agitation der letzteren von der sozialdemokratischen Partei verleiht und auf die immer deutlicher zutage tretende Tatsache hinweist, daß die Sozialdemokratie die „Freien“ als ihre Vasallen be-

bedeutet, der bekommt in der Regel zur Antwort, daß es sich hierbei nur um einige aberrabile Elemente in der Partei handeln könne, die aber durchaus keinen für die Gewerkschaften nachteiligen Einfluß auszuüben vermöchten.

Aber nicht nur von radikal sozialistischer Seite, sondern auch von den sogenannten Revisionisten in der Partei werden die „freien“ Gewerkschaften ganz selbstverständlich als, wenn auch besonders formierte, Triumphe der Erhebung der politischen Macht und der Umgestaltung unserer heutigen Wirtschaftsordnung in eine sozialistische betrachtet. Dafür bietet ein Artikel des Revisionistenführers Eduard Bernstein in der Augustnummer der „Sozialistischen Monatshefte“ über „Gewerkschaft und Partei im Lichte internationaler Erfahrungen“, einen erhellenden Beweis.

Bernstein betont ausdrücklich, daß sich das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften nicht auf Grund „abstrakter Deduktionen“ entscheiden lasse. Daher will er angeführt die Fälle von Erfahrungen aus der Praxis für seine Beurteilung verwenden. Daß es Bernstein aber unterlassen hat, die richtigen Konsequenzen aus der „Fülle der Erfahrungen“ zu ziehen, erhellt schon daraus, daß er bereits im ersten der fünf von ihm aufgestellten Lehrsätze fordert, „daß in allen Ländern auf eine möglichst enge Verbindung der politischen mit der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung hingearbeitet“ ist. Und diese Forderung stellt Bernstein auf, obwohl er vorher ausdrücklich betont hat, daß in einer Reihe von Ländern die Verbindung zwischen Partei und Gewerkschaften letzteren eher von Schanden als von Nutzen gewesen ist. Wenn er zur Erklärung dieser Erscheinung auf die Spaltungen in der dortigen Sozialdemokratie hinweist, die auf die Gewerkschaften zurückgewirkt hätten, so entschuldigt das eben so wenig, wie das Verhältnis in Schweden, Dänemark und Desterreich etwas zugunsten seiner These beweist. Denn hier ist die Sozialdemokratie wesentlich anders gerichtet als in Preußen-Deutschland und in den anderen vorher genannten Ländern, so daß ein Schluß von jenen auf die Verhältnisse dieser Länder nicht zulässig ist. Speziell für Deutschland ist garricht daran zu zweifeln, daß die Gewerkschaftsbewegung heute eine viel geschlossener und nachvollkommener sei, wenn die „freien“ Gewerkschaften von vornherein nicht mit den Schlägen des parteipolitischen Sozialismus behaftet gewesen wären. Bernsteins, des Revisionisten, These beweist höchstens, wie sehr auch er die Gewerkschaft als ein parteipolitisches Machtmittel anzusehen sich gewöhnt hat.

Tritt zu Bernstein für eine enge Koalition zwischen Partei und Gewerkschaften ein, so darf diese nach ihm aber nicht auf Kosten der Entwicklungsbedingungen der einzelnen Organe der Arbeiterbewegung erzwungen werden, die diese Koalition in beiderseitigem Interesse nicht zur vollen Entfaltung gelangen ließen. „Gerade darum muß es Regel sein, Streitigkeiten der Gewerkschaften nicht in die politische Bewegung, innere Angelegenheiten der politischen Bewegung nicht in die Gewerkschaften hineinzutragen.“ Wie Bernstein sich die praktische Durchführung dieser Forderung denkt, wird er wohl selbst kaum darzulegen imstande sein. Denn, soll eine Koalition zwischen zwei Bewegungen haltbar sein und auch zu wirklichen Zielen führen, so muß die Politik dieser beiden Faktoren im wesentlichen übereinstimmen. Davon konnte aber bis heute sowohl im Hinblick auf die Partei als auf die Gewerkschaften nicht die Rede sein. Die Worte Generalstreik und Streikzeit allein schon bezeugen nach dieser Richtung ein Gegenstand! Und all die Streitigkeiten, die sich seit Jahren zwischen Partei und Gewerkschaften, ja bis zur Stunde trotz aller wiederholten Verbindungen abgespielt haben, wurzeln sie nicht schließlich insgesamt in der verschiedenen Auffassung zwischen Partei und Gewerkschaften in der Frage

der Politik? Gewiss, Herr Bernstein, ist alle Theorie! Streitigkeiten sind es zwischen Partei und Gewerkschaften immer geben, so lange sie ihre Auffassung in der Frage der Politik trennen!

Die Unhaltbarkeit seiner These gibt Bernstein selbst halbwegs zu, wenn er im Punkte Klassenkampf zwischen einem solchen unterzeichnet, wie er von der politischen Bewegung zu führen ist und einem solchen, wie ihn die gewerkschaftliche verlangt und dann fordert: „Jeder Versuch, die gewerkschaftliche Politik politischen Zwecken und Schlagworten unterzuordnen, ist zu verwerfen und kann, wie die Erfahrungen der verschiedenen Länder zeigen, nur zur Entfremdung von Partei und Gewerkschaft führen.“ Für eine derartige Unterscheidung haben die Leiter der politischen Bewegung herzlich wenig Verständnis. Sie verlangen einfach, daß die Gewerkschaften den unentwegten Klassenkampf gemeinsam führen. Wie bei dieser Auffassung und Politik die Gewerkschaften „gebehen“ müssen, lassen wie den „Zimmerer“ vom sozialdemokratischen Zimmererverband sagen, der in seiner Nummer vom 5. Mai 1906 ausführt, daß die Bestrebungen der Gewerkschaften vernachlässigt würden, wenn man sie zur Vertretung der Klasseninteressen engagiere. „Das Ziel der gewerkschaftlichen Bewegung“, so führte dieses Gewerkschaftsorgan dabei aus, „ist die Bahrung und Verbesserung der beruflich-wirtschaftlichen Lage der Arbeiter... Die Gewerkschaften haben sich dieses Gebiet nicht willkürlich gewöhnt, es ist ihnen auch von niemand etwas aus Machtvollkommenheit oder besserer Einsicht zugewiesen, sondern die Natur der bürgerlichen Gesellschaftsordnung und ihre Entwicklung weisen den Gewerkschaften dieses Gebiet an. Die Gewerkschaften sind — und zwar in ihrer heutigen Gestalt, ein notwendiges Glied der bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Wer an dieser Grundlage rüttelt, oder sie einzuschneiden versucht, legt die Gewerkschaften lahm, vernichtet sie.“

Wenn Bernstein vorsichtig bei allem Eintreten für eine enge Verbindung zwischen Gewerkschaften und sozialdemokratischer Partei nach der tatsächlichen Seite hin doch manche Unterschiede geltend läßt, hier eine differenzierte Behandlung von Partei und Gewerkschaft sogar verlangt, so heißt das nach ihm aber durchaus nicht, „daß sie sich sonst zueinander indifferent verhalten sollen.“ Für die Gewerkschaft, die danach streben muß, alle Arbeiter ohne Unterschied der Parteistellung zu umfassen, darf jedoch der Begriff der politischen Neutralität nicht zur Gleichgültigkeit gegenüber den großen politischen Interessen der Arbeiterlassen führen.“ Damit soll doch wohl gesagt sein, daß die Gewerkschaften ihre politische Interessenvertretung in der sozialdemokratischen Partei suchen müssen. Denn irgend eine andere Partei kann ja nach sozialdemokratischer Lehre wirkliche Arbeiterinteressen gar nicht vertreten und demgemäß als Partei für die Arbeiter nicht in Betracht kommen. Doch die politische Neutralität einer Gewerkschaftsbewegung zu einer Gleichgültigkeit gegenüber den großen politischen Interessen der Arbeiterklasse führen soll, hat noch niemand von ihr verlangt. Nur ist auch an dieser Stelle immer betont worden, daß die Gewerkschaften als Korporation nicht Politik treiben, ihre Mitglieder auf eine bestimmte Partei festlegen sollen, das letztere umgekehrt aber die erste Pflicht haben, innerhalb derjenigen Partei, die ihnen am meisten zutrifft, für eine wirksame Vertretung ihrer Interessen mit Ausdauer tätig zu sein. In dieser Auffassung sollen die Gewerkschaften neutral sein, nicht aber Süßstruppen der Sozialdemokratie!

Es ist nun zwischen den Zeiten, so kommt man zu dem Resultat, daß Bernsteins Ausführungen darauf hinauslaufen, daß die Gewerkschaften einerseits unter dem Mantel einer gewissen Neutralität befreit sein müssen, „alle Arbeiter ohne Unterschied zu umfassen“, daß sie aber andererseits die Pflicht haben, diese zu Anhängern der politischen Partei zu

erziehen, denn: die Durchbringung der Gewerkschaften mit dem sozialistischen Geist liegt nicht nur im Interesse der politischen Arbeiterbewegung, sondern auch der Gewerkschaften selbst.“ Damit beweist Bernstein, daß, was Neutralitätsheuchelei anbelangt, zwischen Revisionisten und Radikalen nicht der geringste Unterschied ist, und daß sie sich in der Auffassung von den Gewerkschaften als den Rekruten und Gefechtsgruppen der Partei völlig einig sind. Mögen sie auch in tatsächlicher Auffassung dabei auseinandergehen, das Ziel, die Arbeiterbewegung mit sozialistischem Geist zu durchdrängen, sie sozialdemokratischen Zwecken dienlich zu machen, ist bei beiden das gleiche. Daraus mögen die Arbeiter, die nicht gewillt sind, auf dem Umwege über die „freien“ Gewerkschaften sich unter das laubimische Foch der politischen Partei zu begeben, die Lehre ziehen, allen sozialdemokratischen gewerkschaftlichen Lockungen zu widerstehen, mögen sie von radikaler oder revisionistischer Seite kommen. Die einzig neutralen Gewerkschaften sind die christlichen!

Berliner Kampfweise.

Aus Schlesien wird uns geschrieben: Schon über ein Monat ist ins Land gegangen seit der Landesleiter Aussperrung, und noch immer streiten sich die Berliner Facharbeiter mit den Sozialdemokraten um die Vorbeeren des beendeten Kampfes. Erstere jagen nachzuweisen, daß nur sie diejenigen gewesen sind, welche für die Landesleiter Aussperrung die Erfolge erfochten haben. Das einheitliche, geschlossene Vorgehen der gesamten Arbeiterkraft ist nach Meinung der „Berliner“ absolut ohne Bedeutung gewesen. Uns soll diese Ausbeurteilung wenig kümmern; wissen doch unsere Kollegen und Kolleginnen, speziell in Landeshut, wie sich die Sache abgepielt hat.

Jedoch veranlaßt uns die Nr. 34 des „Berliner Arbeiter“ vom 25. August, noch einmal kurz auf einige Vorkommnisse zurückzukommen. Es wird dort nämlich die Zusammenkunft der Landesleiter Fachabteilung berichtet, in welcher der christliche Arbeitersekretär Müller (gemeint ist unser Kollege Müller-Neustadt D. S.) erklärt haben soll: Die christliche Organisation sei in allen wirtschaftlichen Fragen bereit, mit den Sozialdemokraten Hand in Hand zu gehen. Wie verhält sich nun die Sache? In der erwähnten Versammlung verbeugte sich der Referent, Arbeitersekretär Götz aus Berlin, über die beendete Landesleiter Aussperrung. Er schickte die Beilegung derselben und sagte nachzuweisen, daß nur der Ja-Abstimmung alles zu verdanken sei. Ferner gläubte der gute Mann auch uns verdächtigen zu müssen, denn anders kann man seine Ausführungen über unsere Bewegung und Führer nicht bezeichnen.

Er meinte nämlich, hier am Orte bestünde auch eine christliche Organisation. Wo waren die Mitglieder derselben während des Kampfes? Wir haben selbige nach Vernehmung derselben in den Armen der Not wiedergefunden. In den christlichen Gewerkschaften sind sehr viele unserer Kollegen, Glaubensbrüder, welche eigentlich zu uns (all heiligen Fachabteilung D. S.) gehören, die aber leider von ihren Führern irre geleitet werden.

Unser Kollege Müller trat nun diesen Verleumdungen entgegen. Er brachte den Beweis, daß unter den gegebenen Umständen ein gemeinsames Vorgehen der Organisationen am Platze gewesen sei, wenn für die Landesleiter Aussperrung etwas erreicht werden sollte. Daß wir ferner unsere christlichen Grundzüge nicht im geringsten verleugerten, und wir in solchen wirtschaftlichen Fragen (beim es handelte sich in der Veranlassung um die Landesleiter Aussperrung, um weitere nichts) mit den gegnerischen sozialdemokratischen Organisationen zusammen gehen könnten.

Daß unser Kollege keine andere Erklärung geben konnte, wenigstens nicht in dem Sinne, wie im „Arbeiter“ wiedergegeben, ist selbstverständlich. Die Vergangenheit unserer Bewegung beweist doch gerade-

das Gegenteil von demjenigen, was in der angebenen Nummer des „Arbeiter“ steht. Aber der Sinn dieser Ausführungen wird einfach so verdreht, daß es den Verleser Zweck dienlich ist.

Wir wollen aber noch etwas näher auf das Zusammengehen der Organisationen bei der Aussperrung in Landeshut eingehen. Die Forderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen waren vernünftig, voll und ganz, berechtigt. Dies betonte mehr als einmal der Arbeitersekretär Hoffmann auch in den von ihm herausgegebenen Flugblättern und dies sogar ziemlich scharf. Trotz alledem sperren die vereinigten Unternehmer sämtliche Arbeiter aus. Jetzt hieß es für die Arbeiter, diesen Schlag abzuwehren. Die Unternehmer konnten einige Preisige Lohn-erhöhung und sonstige Verbesserungen im Arbeitsverhältnis bewilligen, ohne ruiniert zu werden. Die Inbetracht kommenden Organisationen der Arbeiter erklärten sich gegenseitig als gleichberechtigt an. Wo wurden dadurch die Grundprinzipien des Christentums verlegt? Nirgends! Es kam auch eine Einigung betreffs gemeinsamen Vorgehens zustande. Eine paritätische Kommission wurde gewählt. Die Vertreter der Fachabteilung, Arbeitersekretär Hoffmann und Sekretärin Schmidt, waren damit einverstanden. Diefelben schickten auch ihre Leute zu den Sitzungen der Kommission. Dies wurde, man höre und staune, von Arbeitersekretär Götz als Dummheit bezeichnet. Ein schönes Kompliment an die eigenen Kollegen. Wir fragen, mit welchem Recht erlaubt sich in solchem Falle der Berliner Facharbeiter von einem „in den Armen der Not wiedergefundenen“ zu reden. Seine eigenen Kollegen bezichtigt er der Dummheit. Was diesem Mann man wieder klipp und klar ersehen, wo diejenigen zu suchen sind, die Arbeiterinteressen zertreten.

Zu der Aussperrung des Herrn Götz, die christlichen Gewerkschaftsmitglieder würden von ihren Führern irreführt; wollen wir folgendes bemerken: Behauptungen aufstellen ohne eine Spur von Beweis zu erbringen, ist man von den Vertretern der Fachabteilung nachgerade gewohnt. Wo übrigens die Arbeitervertreter sitzen, beweist am besten der vor kurzem veröffentlichte Brief des Berliner Arbeitersekretärs Straube aus Glatz. Darüber schied der Bergknappe in Nr. 29: „Die Berliner Fachabteilungen begnügen sich, bekanntlich nicht damit, den Streik als „Lohnraub“ zu bezeichnen und damit die Arbeiter dem Scharfmachertum als wehrlose Lohndiebe auszuliefern; sondern suchen sich auch noch bei etwaigen Streiks als Streikbrecherlieferanten nützlich zu machen.“

Dem brauchen wir wohl nichts mehr zuzufügen. Die „Berliner“ können aber noch andere Kunststücke. Dabei zeigen sie sich in ihrer ganzen Größe. Die neueste Kampfweise derselben in Schlesien besteht darin: Politikanten und sonstige Sachen der ihr verhassten Redaktion der „Reißer-Zeitung“ zuzuschicken. Doch darüber wollen wir nicht weiter berichten. Sie selbst berichten; und dann mögen unsere Kollegen und Kolleginnen sich ein Bild von den „geistig hochstehenden“ Facharbeitern machen.

Die „Reißer Zeitung“ schreibt in Nr. 184 vom 13. August 1907: „Womit sich die Facharbeiter vom Sitz Berlin-Neuland bei Reife die Zeit vertreiben. Am Sonntag, den 12. August ging uns folgende Postkarte zu:“

An die Redaktion der Reißer Zeitung, Reife an der Reife, Nr. Reife: „Der verehrliche Reißer Zeitung entnommen 1907. Grüße die verehrlichen Facharbeiter Hoffmann (dann folgen noch weitere Namen).“

Sehr geistreich! Der Sitz Berlin kann fast auf seine Fügigkeit sein. Herr Hoffmann, der erste der Unterzeichner, ist der vom „Sitz Berlin“ gegen den Willen des Herrn Barrers-Kowalki nach Neuland gelegte Arbeitersekretär. Der „Sitz Berlin“ ist bekanntlich nach seiner Behauptung eine „kirchliche Organisation“.

In der Nummer 193 der Reißer Zeitung vom 28. August heißt es: „Zum Sitz Berlin. „Aus

Brief einer Frau über Frauenfragen.

Siehe Kollegin!
Du wirst meine Ansichten über die Stellung der Frau im öffentlichen, rechtlichen und wirtschaftlichen Leben, kurz im Leben der Menschheit hören. Meine Fragen sind nicht so einfach, und daher kaum auch meine Antwort weder sehr kurz noch sehr einfach sein. Die Frage nach der Stellung der Frau wird in der Regel von zwei Gesichtspunkten aus betrachtet und beantwortet, die sich direkt widersprechen. Die Vorkämpfer der sogenannten Emanzipation sagen, die Frau sei seit Jahrhunderten unterdrückt und entrechtet worden. Daher sei es nötig, der Frau ihre Rechte und Freiheiten zu erkämpfen und zwar so, daß sie im privaten und öffentlichen Leben genau dieselben Rechte bekomme wie der Mann. Dieses sei berechtigt, denn von Natur aus hätte Mann und Frau denselben Rechts- und Wirkungskreis. Die bestehenden Unterschiede im Rechte und Wirkungskreis der beiden Geschlechter seien durch Erziehung und Gewöhnung entstanden, könnten daher durch den Fortschritt der Bildung und Sittlichkeit beseitigt werden.
Was sagen dagegen die Vertreter der christlichen Weltanschauung? Diese sagen, daß Mann und Frau von Gott, dem gemeinsamen Schöpfer, gleich sind in dem Sinne, daß er beiden dieselbe Menschennatur, die gleichwertige menschliche Seele und damit dieselbe Menschenwürde gegeben hat. Mann und Weib sind in gleicher Weise für das ewige Endziel bestimmt. Mann und Weib sind also bezüglich der wesentlichen Elemente und Gaben der menschlichen Natur wie hinsichtlich der letzten und höchsten Bestimmung gleichwertig. Aber dem Mann ist ein anderer Standort und Arbeitsplatz angewiesen als dem Weibe. In dieser Beziehung besteht zwischen beiden ein wesentlicher Unterschied. Absolute Gleichberechtigung hinsichtlich der beiderseitigen Rechtspfäharen und Arbeitsgebiete ist der menschlichen Natur und dem göttlichen Gehege gegenüber daher kann das Ziel einer gleichwertigen Konkurrenzstellung nicht auf absolute Gleichberechtigung sondern nur auf eine möglichst vollkommene Entfaltung der männlichen und weiblichen Eigenart gerichtet sein. Mann und Weib fallen also insofern eine innere Einheit dar, als beide in gesonderter Weise Pflichtenkreise des Stiefel der Erziehung und Entwicklung des Menschengeistes anzupassen haben.
Um das Gehege in einem Satz zusammenzufassen: Gleichheit der Menschennatur und Rechtspfäharen, aber Verschiedenheit der Pflichtenkreise, Rechtspfäharen und Entwicklungsziele von Mann und Weib —

das ist die Lösung, das ist der Weg zur Beseitigung des Geschlechtsunterschieds der Menschheit.

Hieraus ergeben sich wichtige Folgerungen für die Erziehung der Mädchen und die Rechtsstellung der Frau.

Mit dem vollendeten 12. Jahre kommt die eigentliche theoretische Elementarbildung für die Mädchen aus dem Hause in der Hauptsache beendet werden. Die notwendigen theoretischen Kenntnisse aus den Gebieten des Lesens, Schreibens, Rechnens, der Religion, Naturkunde, der Geschichte u. m. können bis zu dieser Zeit in genügendem Maße erworben werden.

Von diesem Zeitpunkt an muß aber den weiblichen Handarbeiten eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden, es muß die Berufsbildung für das Mädchen in den Vordergrund treten, schon deshalb, weil das Mädchen des Arbeiterstandes später in der Regel zur gewöhnlichen Erwerbung der weiblichen Berufsarbeiten keine Gelegenheit mehr findet. Im Bereiche der obligatorischen Schulzeit, nach dem 12. Jahre, und in der weiblichen Fortbildungsgangjahre ist daher die gründliche Ausbildung für die Handarbeiten, die Erziehung in alle Zweige der hauswirtschaftlichen weiblichen Berufsarbeit entscheidend zu fordern.

Der Volkswirt folgt die Vorbildung für die Erwerb tätigkeit. Sie soll dem Mädchen die absolute Unabhängigkeit und Selbstständigkeit und dadurch die Freiheit bei der Wahl der Ehe sichern.

Für die Mädchen der arbeitenden Klassen kommen hauptsächlich der Erziehung zur Erwerbstätigkeit — nicht ausschließlich aber vorzugsweise — in Betracht die berufliche Ausbildung als Dienstmagd, Fabrikarbeiterin, Handwerkerin, Arbeiterin im Post-, Telefon- und Telegraphenbetriebe und in den jenseitigen Gewerbebetriebe (Bekleidungs- und Nahrungsmittelgewerbe).

Was insbesondere den Dienstbotenstand betrifft, so wird heute in allen Ländern gezwungen über die mangelhafte Vorbereitung der Mädchen zum häuslichen Dienste, über ihre Unvollständigkeit, ihre geringen Kenntnisse, ihre Unwissenheit gegen das „Dienst“ und dabei ist aber nicht zu vergessen, daß diese Palastkinder der Dienstbotenfrage nicht in erster Linie auf das Schicksal der Mädchen und der Mütter der Mädchen zu sehen ist, sondern der Frauen der arbeitenden Klassen. Wie will die „Göttliche Frau“ von der „Küchener“ Pflichtenkreise und Arbeitsgebiete fordern, wenn sie durch ihr eigenes Beispiel der Sauberkeit, Gelehrtheit, Frömmigkeit und Bescheidenheit der Unwissenheit der Hausangestellten nicht eben höher erhellend wirkt? Wenn

die „Erbliche Frau“ gar für die Fütterung, und Wartung ihrer Katzen und Hunde ein lebhaftes Empfinden zeigt, die Magd dagegen nach der Speisekarte des armen Lazarus bedürftig und in einem Kammerbeherbergt, welche im Sommer die Annehmlichkeiten der Meibacher Benedigs, im Winter dagegen den Liebergang über die Berolina vorzuziehen wünscht? Wie will die Herrin von der Magd Gehorsam verlangen, wenn sie ihr den länglichen Arbeitstisch oft lange Zeit vorsetzt und über jede Veranlassung daraus als über eine Majestätsbeleidigung aus Rand und Band gerät?

Fabrikarbeiterinnen, hat es zwar schon in einer früheren Wirtschaftperiode gegeben, aber erst das 19. Jahrhundert hat eine förmliche Berufsklasse der Fabrikarbeiterinnen geschaffen. Die Forderung neuerer Zeit, die Frau, auch die ungebildete, gänglich aus der Fabrik auszuschließen, läßt sich kaum theoretisch begründen, noch schwerer praktisch durchzuführen. Man kann die Frau unbedenklich zu allen Gewerbebetrieben und Berufen zulassen, für welche die nötige Befähigung besteht, sofern sie den Mann nicht zur Schwermutzeit in die Hand über jetzt in der Modehändlerbranche in bezug der Fall ist — und die Interessen der Stillstehenden und das Wohl der Familie nicht im Wege stehen. Die Fabrikarbeit der Frauen muß so organisiert sein, daß dieselben einen lohnenden Erwerb finden, und daß dabei den Anforderungen des weiblichen Lebensberufes, der Gesundheit, Ehre und guter Sittlichkeit in befriedigender Weise Rechnung getragen wird. Nur in solchen wohlgeordneten Fabrikbetrieben dürfen Arbeiterinnen vor ihrer Berechtigung befreit werden.

Als vernünftige und freie menschliche Persönlichkeit ist jedoch die Frau Trägerin einer Reihe natürlicher und positiver Rechte. Im geordneten Gemeinwesen hat die Staatsgewalt nicht nur die allgemeinen menschlichen Rechte des Weibes zu schützen, sondern auch die besonderen Frauenrechte. Die Frau, insbesondere die Arbeiterin, hat in erster Linie das Recht auf den Schutz ihrer Menschenwürde, ihrer weiblichen Ehre. Dieses Recht ist unveräußerlich; der Frau kann und darf nicht darauf verzichtet werden wenig wie auf die Fortführung ihres Lebens.

Eine zweite, mit dem Schutze der Frauenwürde eng verbundene Pflicht des Staates ist die Sorge für die gerechte Entlohnung der Arbeiterin. Die Forderung des gleichen Lohnes für Mann und Frau bei gleichwertiger Arbeit ist eine strenge Konsequenz des christlichen Gerechtigkeitsgebotes. Den Arbeitslohn des Weibes grundsätzlich niedriger zu normieren als den des Mannes, ist eine empfindliche Ungerechtigkeit.

Eine Arbeitsleistung nur: deshalb niedriger zu entlohnen, weil sie von einem Weibe herrührt, heißt dem Weibe die gleiche Menschenwürde absprechen. Die geringere Bewertung der Frauenarbeit öffnet der Bewußtlosigkeit Tür und Tor. An Stelle der Männer werden von den Fabrikanten die Frauen, dann die des geringeren Lohnes wegen eingestellt. Ist die Frau durch die Verhältnisse gezwungen, wie einem unzureichenden Lohne sich zufrieden zu geben, so liegt nach der eingehenden Darstellung des L. H. jense Ausbeutung der menschlichen Not vor, welche gegen die natürliche Gerechtigkeit verstößt und ein Eingreifen des Staates nötig macht. Was soll man aber erst von den Gepflogenheiten derjenigen Fabrikanten sagen, welche in der Absicht, die ohnehin schon ungenügenden Frauenlöhne noch tiefer herabzudrücken, aus sozial niedrig stehenden Ländern ganze Wagenladungen armer Mädchen in ihre Werke einführen, um sie zu Hungerlöhnen als Menschenmaterial auszubenten.

Einer solchen Geschäftsgebarung schauen unsere Kulturstaaten mit verächtlichen Armen zu, um dafür den armen Schluider mit Kerler und Banden zu bestrafen, der in der Not einige Mark nicht Soll man sich darüber wundern, daß durch den Wohlstand, den der Kapitalismus unter Ausschweifender Duldung des modernen Rechtsstandes in der Form der niedrigen Frauenlöhne herbeizuführen manche Mädchen dem unsittlichen Nebenwerk in die Arme getrieben werden, welcher sie körperlich und moralisch zu Grunde richtet? Der staatlichen Obrigkeit muß daher die heilige Pflicht, diesem empörenden Unfug endlich Schranken zu setzen, laut und entschieden in Erinnerung gerufen werden.

Ein weiteres natürliches Menschenrecht der Arbeiterinnen ist das Recht, sich mit ihren männlichen Kollegen in Berufsvereinen zusammenzuschließen. Das Koalitionsrecht der Arbeiterinnen ist vom Staate unabweisbar zu fördern und zu schützen, weil die Arbeiterinnen, solange sie isoliert bleiben, in weit höherem Grade als die Männer faul und wehrlos dastehen.

Siehe Kollegin! Mein Brief ist ziemlich lang geworden, und noch habe ich ein sehr wichtiges Kapitel nicht berührt — die Fabrikarbeit der verehrlichen Frauen. Meine Meinung über diesen Punkt will ich Dir aber in einem späteren Briefe mitteilen, denn wenn mein Brief zu lang wird, dann komme ich mit meinem Redakteur in Konflikt. Daher schreibe ich mit kollegialem Gruß Deine M. A.

NB. Wie wird Euer Unterrichtsamt beschuldigen die Kolleginnen auch noch immer daran teil?

Mittelstand bei Reife geht der Redaktion der Reifer Zeitung ein Buchblatt des sach. Arbeiter-Sekretariats Maxstadt-Burbach gegen die christlichen Gewerkschaften zu. Wir entnehmen demselben folgende Serie von schönen Worten: Geistesarme Rüst-kammern der Bäckermüllermaschinenfabrik der jogenann-ten christlichen Gewerkschaften, Pamphlet der aller-erbärmlichsten Sorte, Unwahrheiten und Verdächtigun- gen, unfähige Auslassungen, Auspöbelungen, Schmutz, Bäckermüllern, Notte losgelassener Teufel, Waben auf der Gasse, schändlicher Arbeiterverrat, Schwindel von der politischen Neutralität, unnobles Kampfesweise der christlichen Führer, Sauberbender der christlichen Gewerkschaftsführer, Schwindel usw.

Den Schluss macht dann die treue Befolgung der Weisungen des großen Arbeiterpapstes Leo XIII. und der Ruf: „Gott segne die christliche Arbeit“.

Wer der Feigling ist, der aus Neuland der „Reifer Zeitung“ das Blatt anonym zugeschickt hat, braucht man nicht zu sagen. Daß die Vertreter des „Sibes Berlin“ in dem Flugblatte den Satz: „Wenn die Fackel paßt, zieht sich dieselbe an“, blau unterstrichen, versteht sich am Rande. Keulich die famose Postkarte und jetzt die neue Auspöbelung durch Reute, die behaupten, eine kirchliche Organisation zu sein. Wenn geizige Jungen vom „Sibe Berlin“ im Waldenburger Revier in Ehren genau gewordene Pfarrer dahin belehren, daß sie gleich seien den „Heiden und öffentlichen Sündern“, weil sie die Kirche, d. h. den „Sib Berlin“ nicht hören, wenn diese selben Leute einen Pfarrer nach dem andern denunzieren, weil sie sich kühl verhalten gegen die kirchlichen Organisationen, d. h. den „Sib Berlin“, haben wir eigentlich gar keinen Grund, uns zu beschweren!

In der „Reifer Zeitung“ Nr. 196 lesen wir: „Von der kirchlichen Organisation des Sibes Berlin in Habelschwerdt. Es ist in der Redaktion der Reifer Zeitung heute folgende Postkarte eingetroffen: „Der Herr Redakteur Reife zu Reife an der Reife. Sie interessieren sich in letzter Zeit für Postkarten sendet Ihnen der aus dem vorigen Jahre bekannte Vorliegende der Neuober Sach- abteilungen Anlauf Bittner. Hoffe von Ihnen eine Ansichtskarte zu bekommen. Pelotenzstädter, Ver- räterverband. Joseph Bittner.“ Die kirchliche Or- ganisation des Sibes Berlin verfügt in der Tat über ganz ausgezeichnete Kräfte!

Wir könnten diese Aufzählung noch durch einige weitere anonyme Zusendungen an die Redaktion der „Reifer Zeitung“ verlängern. Diese Unempfehlung spricht für sich. Es fehlt nur noch, daß die „Ver- liner“ mit „schlagenden Beweisen“ ihre Richtung ver- treten, wie es ja auch in Berlin bereits der Fall gewesen ist.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreilichkeiten.

Bocholt.

Nicht oft nehmen wir unser Organ in Anspruch, um über unsere Arbeiten und Erfolge zu berichten. Es möchte jedoch völlig verfehlt sein, wollte man hieraus den Schluß ziehen, daß bei uns der Ver- band nichts tue, um die Lage seiner Mitglieder zu bessern. Im Gegenteil! Gerade die letzten Monate waren in dieser Beziehung sehr erfolg- reich. Zum Beispiel wurde eine Lohnserhöhung erreicht für die Arbeiter der Firmen Gebrüder Höggering, Färberei, August Hülcher, Weidmann Nach- folger, Buchhalter Buntmeherer, Frensdörfer u. Co., Koch und Sohn, Roth und Dudenberg. Eine Verkürzung der Arbeitszeit um durchschnittlich eine halbe Stunde wurde erreicht bei den Firmen Koch und Sohn, David Friede, Roth und Dudenberg, Rosenbergs, Gebr. Wehl, Weidmann Söhne und Gebr. Höggering. Ebenso gelang es, durch unser Drängen in der Spinnerei Fildelen einen Arbeiterausgleich zu be- kommen, durch dessen Mitwirkung für eine größere Anzahl Arbeiter teilweise nicht unerhebliche Lohn- ausbesserungen erzielt wurden. Diese immerhin nicht unbedeutenden Erfolge sind von unserem Verbande erreicht worden, obwohl in fast allen Betrieben noch eine größere Anzahl unorganisierter Arbeiter unser Vorgehen wesentlich erschweren. Die auch hier, allerdings nur spärlich vertretene „freie“ Gewerkschaft stand bei allen diesen Bewegungen unzuständig im Schmolmügel. Die übergroße Liebloswürdig- keit dieser Leute, die glauben, bei allen Gelegen- heiten in der unnobelsten Weise über uns herfallen zu dürfen, hat uns mit veranlaßt, möglichst weit von ihnen abzurücken. Da sie, die hier am Orte überigens völlig bedeutungslos sind, von uns nicht zu den Be- wegungen herangezogen werden, gefallen sie sich oft- mals darin, die noch Nichtorganisierten von den Versammlungen abzuhalten. Es gelingt ihnen dieses in der Regel nicht, trotzdem ist es gut, diese Ver- suche festzustellen, um zu zeigen, in welcher Weise die Sozials hier für die Unternehmern arbeiten. Auch wollen sie mitunter etwas von sich in der Defen- tivität hören lassen. Sie benutzen dann ihren „Textilarbeiter“, um eine Schimpfepistel über die „herz- losen Christlichen“, die so wenig die paar „Freien“ berücksichtigen, vom Stapel zu lassen. Während hier an Klage der Artiller mit seiner Arbeit wenig Be- achtung finden wird, so wird der Artiller andererseits an den Domänen des „deutschen“ Textilarbeiter- verbandes das Licht der Hoffnung auf eine baldige Verkürzung der Arbeitszeit hell auffrischen lassen. Heißt es doch an einer Stelle: „Der Reifhundentag kann heute ohne weiteres eingeführt werden, wenn man nur will.“ Endlich wird also in Sachen, Schließen etc. der Reifhundentag zur Einführung kommen. Hier sollte dem „mächtigen“ deutschen Textilarbeiterverbande auch der gute Wille fehlen? Ja, ja, man verzerrt sich zu leicht, wenn man seinem gegrehten Herzen gegenüber den „bösen Christlichen“ einmal Luft macht. Es muß traurig sein für die Zahlstelle der „Deutschen“, wenn nichts, auch rein gar nichts mehr ziehen will. Die Mitglieder ver- laufen sich, von den Christlichen wird man ignoriert, dazu noch infolge des „noblen“ Betragens der „Ge- noffen“ das Verbandstotal verloren, wer wundert sich da noch, wenn sich bei einem, um die gute sozialdemokratische Sache besorgten, „Genossen“ Ge- heimerwidmung einstellt und er in einem solchen Zustande verfaßt, gegen die „bösen Christlichen“ zu polemisieren. Weil wie kein Leiden kennen und aus diesem Grunde Mitleid mit ihm haben, deshalb sind wir dem kranken Schreiber auch absolut nicht böse, geben ihm nur den wohlgemeinten Rat, zehrig für Besserung zu sorgen, damit er nicht eines schönen Tages unheilbar ist.

Die Lohnbewegung der Heimarbeiterinnen des M.-Gladbacher Konfektionsbezirks. Schon im Juli 1904 gelang es dem „Gewerkverein der Heimarbeiterinnen Deutschlands“, so schreibt das

„Reich“ in den Städten M.-Gladbach und Hehydt — dank der eifrigen Vorarbeit von Frauen anderer Stände — zwei Ortsgruppen zu gründen. Zunächst beschränkte sich die Organisation hier wie überall auf das Sammeln von Mitgliedern und die Förderung ihrer Inter- essen durch die Unterstützungsbewegungen des Gewerksvereins: Krankengeldzuschuß, Wöchnerinnen- beihilfe, Lehrlinge, verbilligter Einkauf von Näh- maschinen und dergl. Mit der Beschäftigung der „deutschen Heimarbeiter-Ausstellung“ in Berlin im Februar 1906 erwarbte stärkeres Verständnis der Mitglieder für die Aufgaben gewerkschaftlicher Art. Aus der Tatsache, daß bei den von den Gladbacher und Hehydter Mitgliedern geleiteten Ausstellungs- gegenständen die Stundenverdienste nachweislich zwischen 10% und 28 Pfg. schwankten, entstand der Wunsch nach Lohnbeeinflussung — vor allem Regu- lierung — durch die Organisation. Vom Haupt- vorstande ward dies zunächst noch als zu schwierig abgelehnt. Als nun aber die Lohnbewegung des christlichen Schneiderverbandes im Sommer 1906 im Bezirk einsetzte, gab das dem Wunsch neue Nahrung, und als dann am 20. September die Hauptvorsitzende nach M.-Gladbach gerufen wurde, stand sie vor der Tatsache, daß die Gruppen von Hehyd und M.-Glad- bach einmütig beschlossen hatten: „So geht es nicht weiter mit den Löhnen! Unsere Wünsche müssen zu den Ohren der Fabrikanten kommen! Die Löhne müssen ausgeglichen und aufgebessert werden. Alles ist seit Jahren teurer geworden, unsere Löhne aber sind nicht nur nicht gestiegen, sondern teilweise noch herabgesetzt worden.“ Dieser zwingenden Logik ver- mochte sich die Hauptvorsitzende nicht zu entziehen. Und da die Mitgliederzahl im Bezirk allmählich von 200 auf 400 und dann auf 600 stieg, war ein Eingehen der Fabrikanten auf die Wünsche der Hei- marbeiterinnen zu erhoffen. So wurden sie zunächst persönlich bei den Vorstandsmitgliedern des „Ver- bandes der Westdeutschen Kleiderfabrikanten“ vor- gestellt und zwar in dem Sinne, daß bei der Tari- fierung der Löhne der Zuschneider und Bügler auch gleich die Näherinnen-Löhne mitreguliert wer- den möchten. Das wurde als zurzeit nicht angängig bezeichnet, aber für später in Aussicht gestellt. Den unverbindlichen Besprechungen im Herbst 1906 er- folgte dann im Januar 1907 der erste wichtige Fort- schritt des Verhandels von Vorstand zu Vorstand der beiden Verbände. Beschlossen wurde von Seiten des „Verbandes der Westdeutschen Kleiderfabrikanten“ die Ausarbeitung eines spezialisierten Lohn- tarifes, der durch gemeinsames Verhandeln sich dann zum Tarifvertrage auszuwickeln sollte. Dieser Ent- wurf eines spezialisierten Lohntarifs, der in einigen 30 Exemplaren dem Gewerksverein der Heimarbeiter- innen zur Mitarbeit und Ergänzung von Arbeit- nehmerseite zugehen sollte, wurde und wurde nicht fertig. Die Hauptvorsitzende, deren Kommen für Anfang Februar als nötig erklärt war, wurde und wurde nicht gerufen. Ihren Anfragen wurde mit der Betonung der Schwierigkeit der Aufstellung begegnet. Nichts geschah! Persönliche Rücksprachen mit dem Verbandsvorsitzenden ergaben erneut die Tatsache, daß das Zustandekommen der Tarifverhandlungen besonders dadurch verzögert wurde, daß die Hehydter Fabrikanten „nicht mittun wollten“. Diese hatten sich nämlich im Januar 1907 zum „Verbande der Kleiderfabrikanten von Hehyd und Umgegend“ zu- sammengetan und zeigten sich als solche, wie berich- tet wurde, jedem gemeinsamen Vorgehen abgeneigt.

Der Gewerksverein der Heimarbeiterinnen Deutsch- lands“ hatte inzwischen seine Mitgliederzahl im Be- zirk auf mehr als 800 gebracht und eine ganze Reihe ländlicher Ortsgruppen dazugewonnen. Um- so mehr drängten die Mitglieder auf greifbare Er- folge der Lohnbewegung, die sich ja vor allem den Ausgleich der Interessen zum Ziel gesetzt hatte. Als wieder im April noch im Juni bei vorübergehender Anwesenheit von Fr. Behm und Fr. de la Croix der beabsichtigte spezialisierte Lohnvertrag fertig vor- lag, änderte der Gewerksverein seine Taktik. Er be- schloß auf diese Art von Tarif zunächst zu verzichten und reichte nach erneuter Arbeit der Lohnkommission dem „Verbande der Westdeutschen Kleiderfabrikanten“ selbst einen Tarifentwurf ein, der die Festlegung von gruppenweisen Mindestlöhnen zum Ziel hatte. Eine solche Tarifierung war von den Vertretern der bedeutendsten Firmen bereits im Januar als das am leichtesten Erreichbare bezeichnet worden.

Was geschah nun? Der „Verband der West- deutschen Kleiderfabrikanten“ erklärte sich schriftlich gemeinsamen Verhandlungen im Prinzip geneigt, machte das Ganze aber von der Mitwirkung der Kleiderfabrikanten von Hehyd, Obenkirchen und Dhenart (Hehydter Verband) abhängig. Darauf trat die Hauptvorsitzende, der ein dahingehender Wunsch eines der einflussreichsten Hehydter Fabrikanten über- mittelt worden war, mit diesem in unverbindliche, persönliche Besprechung ein, die zwar leider noch nicht das Verhandeln von Verband zu Verband er- reichte, aber folgendes indirekte Ergebnis hatten: Die Fabrikanten von Hehyd und Umgegend erklär- ten sich freiwillig bereit, gemeinsam eine Lohnregu- lierung durch Vergleich ihrer Lohnlisten herbei- zuführen und vom 15. September ab die neuen, aufgebesserten Löhne nicht nur zu zahlen, sondern die Lohnlisten auch an der Lieferstelle auszugeben.

Die Mitteilung von diesem Entschlus war zu- gleich von der Zustimmung begleitet, daß man gerne bereit sei, den Herren vom „Verbande der West- deutschen Kleiderfabrikanten“ Einsicht in die geplante Lohnregulierung zu gewähren. Die persönliche Weitergabe dieser Mitteilung durch die Hauptvor- sitzende hatte erfreulichsterweise zur Folge, daß tat- sächlich eine Aussprache zwischen den Mitgliedern der beiden Arbeitgeberverbände stattfand und nun eine gemeinsame Regulierung der Löhne für den ganzen hiesigen Konfektionsbezirk, vom 15. Septem- ber an gültig, beschlossen wurde.

Daß infolge der Ablehnung des Hehydter Ver- bandes auch die Gladbacher Arbeitgeber diesmal auf das gemeinsame Verhandeln mit dem Gewerks- verein der Heimarbeiterinnen verzichtet wurden, war für jeden, der die Auffassung der Arbeitgeber kennt, klar. Zu bedauern ist es ja, doch sind fast nirgends gleich Tarifverträge zustande gekommen, wenn Lohnbewegungen einsetzten. In der Regel geht es über die Vorläufe freiwilliger Zugeständnisse in der Form prozentualer Lohnserhöhungen dem Ziele zu.

Die Heimarbeiterinnenbewegung aber, die in der letzten Zeit hier so viel neue Mitglieder gewonnen hat, daß eine zuverlässige Zahl zunächst sich gar nicht feststellen läßt, die jetzt etwa 36 Ortsgruppen im hiesigen Bezirke umfaßt, die ihrerseits die Näher- innen von mindestens 100 städtischen und ländlichen Ortsteilen in der Organisation zusammenfassen, die

Heimarbeiterinnenbewegung kann mit dem Ergebnis der monatelangen Mühe und Arbeit wohl zufrieden sein.

Noch einmal sei zusammengefaßt, was erreicht ist: Erstens: eine so starke Organisation von Hei- marbeiterinnen eines ganzen Bezirkes, wie sie sonst in Deutschland bisher nirgends erreicht ist.

Zweitens: ein Zusammengehen von Fabrikanten des gesamten Bezirkes und dadurch eine Verein- heitlichung der Löhne dieses Bezirkes. Gerade hier- über ist die erste Grundlage geschaffen für spätere langfristige Tarifverträge, die „Dokumente des so- zialen Friedens“, wie Fanny Jmle sie nennt.

Für die Heimarbeiterinnen aber vom 15. Sep- tember ab: regulierte und aufgebesserte Löhne, die durch das beschlossene Aushängen der Lohnlisten seitens der Fabrikanten (vielleicht schon jetzt) zu- gleich die Gewähr bieten, daß dem Sinken der Löhne ein Riegel vorgehoben worden ist.

Aufgabe des Heimarbeiterinnenverbandes, der in den letzten Wochen unter Teilnahme aller Schichten der Bevölkerung hier eine so lebhaft Agitation von Dorf zu Dorf, von Weiler zu Weiler entfaltete, wie nie zuvor, muß es sein, in den kommenden Wochen und Monaten dafür zu sorgen, daß das zweite Tau- send seiner Mitglieder hier im Bezirk, an dem viel- leicht gar nicht viele mehr fehlen, möglichst bald überführt wird, damit der Wunsch der organi- sierten Heimarbeiterinnen immer unbezwinglicher, immer wirkungsvoller werde.

Daß dazu Opfer bringen gehört, wissen alle; aber auf diesem Wege allein ist es möglich, daß die Heimarbeit zu einem gesunden, erhaltungswürdigen Gliede im deutschen Wirtschaftsleben werde.

Wäge der Heimarbeit, möge der M.-Gladbacher Bezirk, dessen Heimarbeit, weil sie noch nicht zur Grundindustrie herabgeunken ist, die Tendenz dazu aber auch schon zeigt, den ersten starken Beweis für die Nichtigkeit unserer Auffassung erbringen!

Aus dem Verbandsgebiete.

Darmstadt. Auf den 28. August hatten wir eine große öffentliche Textilarbeiterversammlung ein- berufen. Der große Saal des „Schweinfurter Hofes“ war besetzt. Als Referent war Zentralvorstandender Schiffer erschienen. Derselbe behandelte das Thema „Gewerkschaft und Arbeiterrechte“ in der rechten Weise und erntete am Schlusse seiner Ausführungen stürmischen Beifall. In der Diskussion ergrieffen auch zwei „Freie“ das Wort. Die ihnen durch Kollegen Schiffer zuteil gewordene Belehrung dürften die- selben wohl so schnell nicht wieder vergessen. Der Aufforderung des Versammlungsleiters an die Un- organisierten, sich unserem Verbande anzuschließen, leisteten mehrere Kollegen und Kolleginnen Folge.

NB. Unseren Mitgliedern diene zur Kenntnis, daß betreffs Errichtung eines Gewerbegerichts in Gau- stadt ein ministerieller Antrag eingegangen ist, welcher dem Gemeindevorstand von Gaustadt nahe- legt, in anbetragt der Massenunterschriften die Er- richtung eines Gewerbegerichts zu beschließen. Bei der „gelben“ Majorität des Gemeinderates wird trotzdem wohl nichts daraus werden. Kommen wird aber auch noch die Zeit, wo das Gemeindevorstand von Gaustadt soziale Einsicht bekommen wird. Dazu werden wir unsern Teil beitragen.

Wiesbaden. Am 1. Sept. abgehaltene Mitgliederversammlung wurde vom Kollegen Henke eröffnet und geleitet. Da unser bisheriger Vor- sitzender nicht mehr in der Textilbranche tätig ist, so stand Wahl eines ersten Vorsitzenden auf der Tages- ordnung. Dieser Punkt mußte aber wegen des schwachen Besuchs zurückgestellt werden bis zur nächsten Versammlung. Dann folgte der Bericht des Kassierers vom zweiten Quartal. Der Revisor Aug. Müller erklärte, daß Bücher und Kasse von ihm in bester Ordnung vorgefunden seien, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. Den Kartell- bericht erstattete der Kartelldelegierte G. Welsge. Dieser Kollege berichtete klar und deutlich über ver- schiedene Punkte. Dann gab Kollege Besterwelle den Bericht von der Bezirkskonferenz in Dsnabrück. Auch dieser Kollege berichtete sehr befriedigend über die behandelten Punkte. Sodann nahm Kollege Schweimer-Bielefeld das Wort zu einem Vortrage über die Pflichten der Mitglieder. Auch dieser Kollege entledigte sich seiner Aufgabe in befriedigender Weise. Nachdem noch ein weiterer Punkt seine Erledigung gefunden, wurde die Versammlung ge- schlossen.

Dreieck. Unsere Mitgliederversammlung am 25. August war schlecht besucht. Nach Verlesung des Protokolls von der letzten Versammlung erteilte der Vorsitzende dem Kollegen Johann Hüggen das Wort über eine gemeinsame Ausschüttung der Samt- weber des Kreises Bezirkes, welche am 4. August in Bieren stattgefunden hatte. Ein definitives Re- sultat ist auf dieser Versammlung nicht erzielt worden. Punkt zwei der Tagesordnung war Bericht über die Sitzung der Vorstände der umliegenden Ortsgruppen am 11. August in Lobberich. Hierzu berichtete Kollege Hiersch, daß die Sitzung stattgefunden hätte zwecks Stellungnahme zur Anstellung eines Lokal- beamteten. Mit Ausnahme von einer Ortsgruppe er- klärten sich sämtliche Vorstandsmitglieder prinzipiell für die Anstellung eines Lokalbeamten. Es wurde beschlossen, am 8. September nochmals eine Sitzung in dieser Angelegenheit abzuhalten. Als dritter Punkt der Tagesordnung war Delegiertenwahl für die Konferenz des I. Agitationsbezirkes. Hierzu wurden die Kollegen Heinr. Götz und Fr. Schülken gewählt. Der folgende Punkt betraf die Kohlenein- kaufskasse. Kollege Schülken erstattete den Ge- schäfts- und Kassenbericht. Dann wurden zwei neue Vorstandsmitglieder der Kasse gewählt und zwar Johann Kremers als Vorsitzender und Egibius Klumpen als Schriftführer. Darauf hielt der Vor- sitzende einen Vortrag. In 1/4stündiger Rede ver- breitete er sich über Entschleunigung der Gewerkschaften und ihre Entwicklung sowie über die christlichen Organisationen und ihre Ziele. Keicher Weifall lohnte den Redner für seine trefflichen Ausführungen. Dann machte der Kassierer noch darauf aufmerksam, daß nur diejenigen Krankengeld erhalten, welche mindestens 52 volle Beitragswochen geklebt haben. Es wäre jetzt einer ausgetreten, weil er kein Kran- tengeld erhalten hätte, der Mann hatte nur 42 Wochen geklebt. Er meinte, weil er früher längere Zeit im Verbande gewesen, hätte er jetzt Anspruch auf Krankengeld. Den Schaden hat dieser Kollege aber durch seinen Austritt selber angehen.

Bremen. Eine von sozialdemokratischer Seite einberufene öffentliche Textilarbeiterversammlung fand am 23. August hier statt. Es sollte angeblich über die letzte Lohnbewegung auf der Zwi- Epi-

neret und Webelei referiert werden. In Wirklich- keit wurden aber nur Fehreden gegen die „verhassten Christlichen“ und deren Führer gehalten. Drei Re- ferenten hatte man kommen lassen: den Redakteur der sozialdemokratischen Bürgerzeitung, Genossen Stauffer, den Gauleiter Doebler aus Hannover und die „Ge- noffin“ Frau Doffe, die wegen ihres Hasses gegen die Christlichen und wegen ihrer Verleumdungen im Bremen genägend bekannt ist. Es war aber auch hohe Zeit, daß mal wieder kräftig aufgetragen wurde. In letzter Zeit haben viele Mitglieder des „freien Textilarbeiterverbandes“ in Bremen diesem den Rücken gekehrt. Die Erregung unter den Fabrikarbeitern war groß, weil die Agitatoren des „freien“ Verbandes ihre Mitglieder oft mit Pfaffen in den Streik getrieben und dann dieselben im Stiche gelassen hatten. Soviel ist klar: die ganze Lohn- bewegung in Bremen war nicht von den Arbeitern selbst, sondern durch die Heimarbeit bestimmter Agi- tatoren in Szene gesetzt worden. Sie endete auch mit einer gründlichen Niederlage. Aus diesem Grunde wäre wohl bald die Zahlstelle Bremen des „freien Textilarbeiterverbandes“ bis auf die rabi- kalen Elemente zusammengebrochen. Die Ver- sammlung war aber nicht sehr erbaulich von den Lügen und Verleumdungen, die man über die Chris- tlichen ergoß; denn alle wußten, daß der christliche Verband seinen Mitgliedern die volle Unterstützung ausbezahlt hat, wogegen der „freie“ Verband jede Unterstützung ablehnte. Viele Besucher sind bald wieder nach Hause gegangen, denn sie waren gekom- men, um etwas über die Lohnbewegung zu erfahren, welchen Erfolg diese hatte usw. Doch darüber durfte und wollte man nicht sprechen. Man wollte lieber den Versuch machen, die Christlichen tot zu lügen. Wir wollen aber den „Freiheitshelden“ verraten, daß dieses auch in Bremen nicht mehr gelingen wird. Dem Gauleiter Doebler können wir nur sagen, daß unser Bezirksleiter, Kollege Camps sich eine Behand- lung von Seiten der Mitglieder, wie sie Doebler in Delmenhorst und Bremen zuteil geworden ist, nicht braucht bieten zu lassen. Jedenfalls wird auch Doebler recht bald Gelegenheit finden, dem Kollegen Camps persönlich die Verleumdungen zu beweisen. Der wird er dann zweifeln? Das eine ist sicher: Versammlungen wie die am 23. August abgehaltene werden nicht instand sein, erzieherisch auf die Ar- beiter zu wirken. Sie bringen die Arbeiterkraft um kein Jota vorwärts in der sozialen Besser- stellung.

Greiz. Unsere Versammlung am 26. Juli war mäßig besucht. Kollege Fiedel gab zunächst den Kassenbericht vom zweiten Quartal. Bücher und Kasse fanden die Revisoren in sauberster Ordnung. Dem Kassierer wurde für seine Mithewaltung ge- dankt. Unser Stützpunkt, welches jetzt immer näher heranrückt, soll in würdiger Weise begangen werden. Der Kollege Beer gab darauf die Fortsetzung über das Thema: „Soziale Wohlfahrtsvereinigungen.“ Seinen Ausführungen wurde Beifall gezollt. Im „Berichte- benden“ kam eine Anregung, später zu einer öffent- lichen Versammlung eine Referentin kommen zu lassen, was berücksichtigt werden soll. Nachdem noch einige Kleinigkeiten ihre Erledigung gefunden, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit der Auffor- derung, die nächste besser zu besuchen.

NB. Das Stützpunktfest, verbunden mit Kinderfest, findet nun bestimmt am Sonntag, den 15. Sept. statt. Zusammenkunft nachmittags 3 Uhr im Puppens Lokal (Scheinfelder) und darauf Ma- rch nach den Gärten des „christlichen Arbeiter- vereins“ auf dem Heiberg, wo bei schönem Wetter das Kinderfest stattfinden wird. Bei schlechter Witterung findet die Feier im Puppens Lokal statt. Zu recht zahlreicher Beteiligung, besonders mit den Frauen und Kindern, wird hiermit aufgefordert.

Hannover-Linden. Sozialdemokratische Partei- interessen gehen über Arbeiterinteressen. In der mechnischen Weberei Linden besteht die Einrichtung, daß für die Markttag ein Ruhetag gewährt wird. Der Jahrmarkt beginnt erst Dienstag. Auf Wunsch der Arbeiter wurde seitherzeit, als der Anfang des Marktes von Montag auf Dienstag verlegt wurde, der Montag als Ruhetag beibehalten. So hätten die Arbeiter am Montag, den 2. September, wieder frei gehabt. Da nun am Dienstag, den 27. August, hier Kaiserparade stattfand, richteten etwa 70 Ar- beiter aus der Färbereiabteilung die Bitte an die Direktion, dieselbe möchte den arbeitsfreien Tag verlegen auf Dienstag, den 27. August. Die Fabri- leitung war auch dazu bereit, aber der Arbeiter- ausschus, fast sämtlich aus „Genossen“ bestehend, erklärte der Fabrikleitung, ohne die Arbeiterkraft vorher zu befragen, daß die Arbeiter lieber am Dienstag arbeiten und am Montag feiern wollten. Als dieses nun im Betriebe bekannt wurde, kam es zur Opposition gegen den Arbeiterausgleich. In einer Abteilung z. B. sprachen sich 106 gegen 4, in einer anderen 55 gegen 4 für Arbeitsruhe am Dienstag aus. Auch in anderen Abteilungen beschwerte man sich über das eigenmächtige, autoritäre Vorgehen des Ausschusses bei der Direktion. Die Angabe des soziald. „Vollstimm“, daß sich von 25 Arbeiterver- tretern 23 gegen, einer für arbeiten am Paradedage ausgesprochen hätten, sei nicht richtig, denn es hätten sechs Mann bei der Sitzung gefehlt und zwar drei aus der Abteilung, welche sich mit 105 gegen vier für Verlegung des arbeitsfreien Tages aussprach. Auch hätten die Ausschusmitglieder ihre Mitarbeiter vorher gar nicht befragt. Die Folge war nun, daß der Arbeiterausgleich selber den Antrag bei der Firma stellte, die Arbeitsruhe zu verlegen auf Dien- stag, den 27. August. Jetzt wäre ja die Sache erledigt gewesen, aber die Blamage war doch für die „Genossen“ zu groß. Ist der Ausschus mirlich, beschließt er, am Paradedage zu arbeiten, ist er aber oben bei der Fabrikleitung, trübt er zusammen wie ein Tachymesser. Just als ob er gar keinen Ein- worten im Rücken habe. Wie nun die Blamage zu vermeiden? Ganz einfach, denken die Führer: Eine Betriebsversammlung ausfallen und die bösen Chris- tlichen als Sündenbock hinstellen. Diese fand am Freitag, den 30. August statt. In derselben wurde Bericht erstattet über die bisherige Tätigkeit des Arbeiterausgleiches und die Schuld an dem Umfall der „Genossen“ den Christlichen in die Schuhe ge- schoben, oder, wie man sich auch auszudrücken be- liebt: „gewissen Elementen“. Die Ausschusmitglieder hätten ebensowenig die Pflicht, sich mit den Arbeitern vorher in Verbindung zu setzen, wie die Reichstags- abgeordneten mit ihren Wählern vor ihrer Abstim- mung. Daß unser Vorgesender bei seinen Aus- führungen über die auf ihn gemachten Angriffe fort- während von Zwischenrufen unterbrochen wurde, verzieht sich bei diesen Freiheitsjungen von selbst. Als nun gar der Leiter der Versammlung gewähl-

wurde, daß ein christlicher Gewerkschaftsbeamter anwesend war, forderte er denselben in seinem Gesessenszorn auf, sofort den Saal zu verlassen. Auf seine Bemerkung unjenseits, daß wir dann auch verlangen würden, den Beamten des „freien“ Textilarbeiterverbandes hinauszudecken, wurde davon abgesehen. Unser Kartellvorsitzender Böhmerte beleuchtete das autokratische Regiment des Arbeiterausschusses, welcher sich, wie es besonders aus den Worten des Kartellleiters Döbler hervorging, nur von Parteirücklichtern hätte leiten lassen. Es sei dessen Pflicht gewesen, die Arbeiter vorher zu befragen und nicht deren Meinung zu knebeln. Der Lokalbeamte des sozial. Textilarbeiterverbandes war auch der Meinung, daß der Ausschuss einen Fehler gemacht habe, indem er umgefallen sei. Daran sollen nun die Christlichen Schuld sein, trotzdem wir z. B. in der Verteilung, wo sich der größte Prozentsatz für Feiern am 27. August erklärt hatte, kaum drei Mitglieder haben. Nicht heißt es immer, die paar Christlichen können nicht machen und jetzt — haben sie Schuld an dem Unfall der „Genossen“. Wer laßt da?

Eine Mäße hätte der Arbeiterausschuss unjenseit Ansicht nach in jedem Falle verdient, entweder hat er Unrecht gehandelt, als er den Beschluß sah: ohne Anwesenheit der Arbeiterenschaft, den Auslag nicht zu verlegen, oder aber, wenn man dieses nicht als Unrecht ansehen will, daß er den Beschluß wieder rückgängig machte und kein Rückgrat zeigte. Doch von den „urteilsfähigen, intelligenten Genossen“ erhielt der Ausschuss selbstverständlich ein Vertrauensvotum, gegen die Stimmen der Christlichen. In seiner Naivität meinte der Leiter der Versammlung, unsern Kollegen, welcher mit zum Arbeiterausschuss gehört, wäre von seinen Angehörigen ein schlechtes Zeugnis ausgestellt, weil dieselben gegen die Resolution stimmten. Erwartet derselbe „Genosse“ vielleicht, die Christlichen sollten allein zustimmen, was der Ausschuss wie ein Diktator für gut befindet, eben nur deshalb, weil ein Kollege von uns im Ausschuss sitzt? Unser Vertreter ist weder umgefallen, noch hat er Parteinteressen über Arbeiterinteressen gestellt. Daß sich die „Genossen“ über ihren „Sieg“ in der Betriebsversammlung noch nicht haben bezeugen können, geht daraus hervor, daß unsere Mitglieder von den liebendenwürdigen „Genossen“ schimmiert und gehänselt werden. So viel sei gesagt: diese geistigen Waffen werden unsere Mitglieder nicht von der Notwendigkeit des „alleinberechtigten deutschen“ Textilarbeiterverbandes überzeugen können. Im Gegenteil! Desto inniger und fester schließen sie sich an den christlichen Textilarbeiterverband an.

Zusammenf. Am 18. August hatten wir zum ersten Male die Gelegenheit, unsere beiden Zentralvorsitzenden in unserer Mitte zu sehen und ihren Worten zu lauschen. Kollege Eistenich-Nachen gab einen Ueberblick über den Stand der christlichen Gewerkschaften und speziell über unseren Verband. Er wies dann ferner darauf hin, wie notwendig der Zusammenschluß der Arbeiterenschaft besonders in heutiger Zeit sei, wo alles, was zum Leben gehört, um fast 50% in Preise gestiegen sei. Da hilft kein Klagen und kein Schimpfen, sondern Zusammenarbeiten in der Organisation. Kollege Schiffer-Dillendorf verbreitete sich über die Schwierigkeiten, die die Arbeiterchaft zu überwinden hat, wenn sie sich gewerkschaftlich organisieren will. Vor allem gibt es auch heute noch Arbeitgeber, welche der Meinung sind, die Arbeiterchaft müsse sich auf jeden Fall fügen, und welche das gesetzliche Streikrecht für sich wohl in Anspruch nehmen, welche aber dem Arbeiterstand die bezüglich die größten Unannehmlichkeiten bereiten. Diese und alle anderen Gegner seien aber leicht zu überwinden, wenn die Arbeiterchaft zur Bewegung kommt und eine geschlossene Macht bildet. In der Diskussion sprachen mehrere Kollegen im Sinne der beiden Referenten und wüßten Kollege Eistenich in seinem Schlusswort, die Arbeiterchaft möge den Zug der Zeit erkennen und eintreten in die christliche Organisation, damit auch die hiesige Ortsgruppe so stark werde, daß man sie respektieren muss. Um dies zu erreichen, möge alles tüchtig mitarbeiten in der Agitation, damit der Individualismus besiegt und der Nutzen einer Gewerkschaft auch der Zusammenhänger Arbeiterchaft zugute komme.

Landesrat i. Schl. Zu bedauern war, daß unsere am 19. Aug. abgehaltene öffentliche Versammlung von Unorganisierten fast garnicht besucht war. Es war dies wohl eine Folge der vor kurzem beachteten Lohnbewegung mit ihren häufigen Versammlungen. Nach Eröffnung der Versammlung und Begrüßung der Erschienenen durch den Vorsitzenden ertheilte derselbe dem Referenten Kollegen Hüper aus Hagen i. Westf. das Wort. Zu klaren, allgemein verständlichen Worten gab Kollege Hüper nun ein Bild von der historischen Entwicklung der christlichen Gewerkschaften und ihre Stellung zu den anderen Organisationen. Redner wies darauf hin, daß ein Zusammenarbeiten mit den anderen Organisationen erlaubt, ja mitunter sogar geboten sei, betonte aber auch nachdrücklich, darüber unsere Aufgabe, die christlich-nationale Weltanschauung gegenüber der Sozialdemokratie hochzuhalten, nicht zu vergeßen. Weiter bewies Kollege Hüper, wie unberechtigter der Vorwurf sei, die christlichen Gewerkschaften seien Zerrbildungen, da von Anfang an Arbeiter beider Konfessionen Hand in Hand miteinander gearbeitet hätten, wie eine herrliche Ehepaar ewangelischer Kollegen innerhalb der christlichen Gewerkschaften tätig seien, und schloß mit der dringenden Mahnung an die Mitglieder, besonders an seine ewangelischen Glaubensbrüder und an die Kolleginnen, mehr noch wie bisher für den Verband zu agitieren. Nach einer kurzen Diskussion gab der Referent in seinem Schlusswort noch einmal der wünschenswerten Aufgabe der christlichen Gewerkschaften, sowie des internationalen Charakters derselben, worauf die Versammlung mit einem tüchtig auszuführenden Hoch auf die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung geschlossen wurde.

NB. Wir bringen unsere Mitglieder an dieser Stelle zur Kenntnis, daß die nächste Monatsversammlung am 18. August 1908 eine ziemlich gute Besetzung hatte. Nach Verlesung des Protokolls ertheilte der Kassierer den Kassenertrag vom zweiten Quartal. Da keine und keine in Ordnung vorhanden waren, wurde dem Kassierer Entlassung erteilt. Hiermit berichtete unser Vorsitzender, Kollege Heinemann, über die zu demselben hinführenden Verhandlungen. Kollege Gewandtschütz sprach über die Vorteile und Verbesserungen, die hier durch die Organisation erreicht worden sind, und ermahnte, noch mehr und jetzt zum Verbande zu halten. Sodann wurde noch angeordnet, ein Familienfest zu veranstalten. Es wurde beschlossen, in einer

weiteren Versammlung dazu Stellung zu nehmen. Nachdem noch eine Angelegenheit der Ortskassiererin erledigt war, erfolgte Schluß der Versammlung.

Murg. Unsere öffentliche Versammlung am 22. August war leider nur schwach besucht. Nachdem Kollege Amann die Erschienenen begrüßt hatte, ertheilte er dem Referenten Kollegen Camps aus Münster das Wort, welcher über das Thema sprach: „Freunde und Gegner der christlich-nationalen Organisation“. Redner kritisierte unter anderem die Gleichgültigkeit unter den Arbeitern, als größten Feind der christlich-nationalen Bewegung. Die Arbeiter würden schon selbst eine höhere Kulturstufe erklommen haben, wenn nicht die Interesslosigkeit in den eigenen Reihen so groß wäre. Nach dem Kollegen Camps sprach ein Mitglied des Buchbinderverbandes, welcher die Ausführungen des Referenten unterstützte. Nachdem der Kollege Camps das Schlusswort gesprochen hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

NB. Kollegen und Kolleginnen! Wir ersuchen Euch dringend, in Zukunft die Versammlungen vollständig zu besuchen. So kann es entschieden nicht weitergehen. Wir wollen nicht hoffen, daß es hier zu neuen Kämpfen kommen muß, um die Arbeiterchaft aus ihrem Plegma aufzurütteln. Sorge ein jeder dafür, daß das Ertrugene nicht wieder verloren geht, sondern weiter vervollkommen werden kann. Bei dieser Interesslosigkeit ist das aber so gut wie ausgeschlossen. Also aufgemacht!

Wittenacker. Am 31. August fand im Gasthaus zum Mühle die erste Monatsversammlung der Ortsgruppe Wittenacker statt. Kollege Unshöf eröffnete dieselbe und bedauerte den schwachen Besuch. Hierauf ertheilte er dem Kollegen Wimmer aus Göttingen das Wort. Derselbe referierte über den Wert der Organisation, worin er uns ein treffliches Beispiel anführte. Zum Schluß legte er uns die Aufgaben eines Arbeiterausschusses klar. Redner ermahnte für seine Ausführungen reichen Beifall. Die Wahl eines Arbeiterausschusses mußte vertagt werden wegen des schwachen Besuches. Als Delegierte für die Bezirkskonferenz in Ulm wurden gewählt Kollege Speiser und Kollegin Seubold. Darauf wurde die Versammlung geschlossen.

Schiffel. In unserer Mitgliederversammlung am 30. August waren Gewerkschaftssekretär Hartmann und Arbeitersekretär Franz aus Hamburg anwesend. Zunächst wurde der verstorbenen Kollegin M. Theimer gedacht und ihr Andenken in üblicher Weise geehrt. Nachdem die übrigen Punkte der Tagesordnung erledigt, hielt Gewerkschaftssekretär G. Hartmann einen Vortrag über das Thema: „Nicht Rücksicht, sondern Fortschritt“. Besonders legte Redner es den Mitgliedern ans Herz, daß dieselben mitarbeiten wollen zur Ausbreitung unserer Ortsgruppe. Nur wenn alle Arbeiter organisiert sind, können wir mit unseren gerechten Forderungen durchdringen. An der Diskussion beteiligten sich einige Kollegen, welche den Ausführungen des Redners zustimmten. Arbeitersekretär Franz drückte seine Freude darüber aus, daß auch die Bauarbeiter sowie die Hilfs- und Transportarbeiter tüchtig vorwärtschreiten. Er hielt dann eine Rede, in welcher er nachlegte, wie man Opfer bringen soll. Besonders die Frauen möchten den Männern keine Schwierigkeiten bereiten in bezug auf Versammlungsbesuch. Als Dank wurde dem Redner Beifall gezollt. Kollege Vorwärts bemerkte noch, daß sich alle christlich denkenden Arbeiter den konfessionellen Vereinen anschließen möchten. Zum Schluß wies Kollege Hartmann auf die Schwierigkeiten in der Agitation hin und verpönte uns die Unterstützung der Hamburger Kollegen.

NB. Wir machen schon jetzt auf die gemeinschaftliche Vorstand- und Vertrauensmänner-Sitzung am 19. Sept. aufmerksam und ersuchen, zu derselben pünktlich zu erscheinen.

Säckingen (Baden). Trotzdem wir unsere Versammlung vom 30. August genügend bekannt gegeben hatten, ließ diesmal doch der Besuch zu wünschen übrig, besonders von Seiten der Kolleginnen. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung wurde zuerst das Wort dem Kollegen Walter erteilt, welcher den Referentenbericht ertheilte. Dem Kassierer wurde Rechnung erteilt. Zu Punkt Berichtedienste stellte unser anwesender Bezirksvorsitzender Kamerader den Antrag, es möchte zur Unterstützung des Schriftführers ein Kollege als zweiter Schriftführer gewählt werden, was Versammlung einstimmig wurde. Kollege Vogt wurde gewählt, welcher das Amt annahm. Unter anderem ertheilte Bezirksvorsitzender Kamerader noch Bericht über den internationalen Kongress in Zürich. In der Diskussion sprachen dann noch mehrere Kollegen. Mit dem Besuche, daß die nächste Versammlung, welche hauptsächlich für die Arbeiter der Firma Mays nachfolgend bestimmt ist, zahlreich besucht werde, wurde die Versammlung geschlossen.

Lodman, in Baden. Am 1. Sept. hielten wir unsere Mitgliederversammlung ab. Unser Lokalbeamter, Kollege Kiefer, hielt einen interessanten Vortrag über den IV. internationalen christl. Textilarbeiterkongress in Zürich. Mit jugendlicher Spannung folgten die Anwesenden den Ausführungen des Referenten. Ganz besonders interessant waren die Ausführungen über die Einigungsmaßnahmen in der englischen Textilarindustrie. Nach einem kurzen Diskussion erteilte der Vorsitzende dem Kollegen Kiefer das Schlusswort. Derselbe forderte die Mitglieder auf, auch in Zukunft die Versammlungen recht zahlreich zu besuchen und zwar auch unerschütterlich für den Verband zu agitieren, damit auch die Ortsgruppe Lodman ein kräftiger Zweig werde am großen Stamme der Organisation.

Wehr. Am 25. August fand hier eine von Arbeitern und Arbeiterinnen gut besetzte Versammlung statt, in welcher Kollege Fecht aus Leipzig referierte über das Thema: „Warum sollen sich die Arbeiter vereinigen und warum in christlichen Gewerkschaften organisieren?“ In der Diskussion sprach „Genosse“ Hier das Wort, der es hauptsächlich anwies, daß es dem Referenten ein Leichtes war, dessen langjährige Ausführungen zu unterstützen. Der „Genosse“ sagte auch dem Kollegen Kamerader war der Versammlung zu verdanken, auch dem Prinzip, die Führer vor den Saal zu treten und die Mitglieder freizulassen. Herr Viktor Thum behandelte nun die ideale Seite der christlichen Gewerkschaften und gab auch dem „Genossen“ die entsprechende Bezeichnung. Kollege Kamerader wies die Anwesenden auf die „Genossen“ hier ermahnte zum Schluß, dass die Versammlung geschlossen, die Kräfte der Ortsgruppe neuen Mitglieder zu gewinnen und beauftragte die alten Mitglieder aufs Neue für ihren Verband.

Gewerkschaftliche u. soziale Rundschau.

Neues zum § 23 des Einkommensteuergesetzes. Zum § 23 des neuen Einkommensteuergesetzes hat der Finanzminister eine neue Ausführungsanweisung erlassen. Dieselbe bezieht sich auf die Angabe des Arbeitseinkommens durch die Arbeitgeber. Da dieselbe auch für unsere Mitglieder von Interesse ist, so geben wir dieselbe auszugsweise wieder:

Die Auskunftsspflicht des Arbeitgebers erstreckt sich auf das Einkommen, das der Arbeitnehmer seit dem 1. Jan. des Auskunftsjahres oder seit dem späteren Beginn seiner Beschäftigung bis zum 30. September desselben Jahres tatsächlich an harem Lohn, Gehalt und Naturalien aus dem Arbeits- oder Dienstverhältnisse bezogen, hat. Dem Arbeitgeber ist jedoch gestattet, statt dessen für diejenigen Personen, die bei ihm schon in dem ganzen der Auskunftszeit ununterbrochen vorangegangenen Kalenderjahre beschäftigt waren, das in diesem Jahre tatsächlich bezogene Einkommen anzugeben.

Eine Verpflichtung des Arbeitgebers zur Auskunftszeit besteht nur insoweit, als das von dem Arbeitnehmer bezogene Einkommen ihm im einzelnen bekannt sein muß. Ueberrinnung beispielsweise eine Mehrheit von Arbeitern gegen einen Gesamtverweis die Ausführung einer Arbeit, ohne daß der Arbeitgeber überhaupt erfährt, wie dieser Gesamtverweis unter die einzelnen Arbeiter verteilt wird, so kann von ihm nur eine Auskunft über die Gesamtlöhne der beteiligten Arbeiter, nicht aber eine solche über das daraus herührende Einkommen des einzelnen Arbeiters verlangt werden.

Naturalbezüge, insbesondere freie Wohnung oder freie Station, sind ohne Wertangabe namhaft zu machen. Eine Schätzung des Wertes solcher Bezüge darf demnach von dem Arbeitgeber in keinem Falle gefordert werden.

In keinem Falle darf außer acht gelassen werden, daß behufs Feststellung des steuerpflichtigen Einkommens von dem durch die Auskunft des Arbeitgebers ermittelten Bruttoeinkommen

die gesetzlichen Abzüge gemacht werden müssen. Demnach sind nicht nur die bei allen Arbeitnehmern vorkommenden Abzüge, insbesondere Beiträge zu Kranken-, Invaliden- u. v. m. Kassen, sondern auch, soweit sie bei der Veranlagung bekannt sind, in Gemäßheit der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts die von dem einzelnen Arbeiter oder von der betreffenden Arbeiterkategorie zu leistenden und aus dem Lohne zu bestrichenden Ausgaben zur Beschaffung von Werkzeugen oder Rohmaterialien, Fahrten zur Arbeitsstätte und dergleichen, sowie auch ungemessene Abkürzungen auf Abnutzung des von den Arbeitern etwa zu haltenden Werkzeuges oder der Arbeitskleidung zu berücksichtigen.

Von der Einforderung von Auskünften der Arbeitgeber ist wie bisher nur insoweit Gebrauch zu machen, als solche für die Zwecke einer sachgemäßen Veranlagung erforderlich ist. Insbesondere ist auch eine alljährliche Wiederholung der Befragung der Arbeitgeber entbehrlich, sofern die Auskunft für ein früheres Jahr zur Herbeiführung einer zutreffenden Veranlagung auch für das in Betracht kommende Steuerjahr ausreichenden Anhalt gewährt. Insoweit jedoch ohne Mitwirkung des Arbeitgebers die richtige Ermittlung des steuerpflichtigen Einkommens in Frage gestellt ist, darf der Gemeindevorstand nicht verabsäumen, von seiner Befugnis aus § 23 des Gesetzes entsprechende Gebrauch zu machen. Zu den Aufgaben des Vorstands der Veranlagungskommission gehört es, sein Augenmerk darauf zu richten, daß die Anwendung dieses wichtigen Mittels zur Herbeiführung einer gleichmäßigen und richtigen Veranlagung in den geeigneten Fällen nicht unterbleibt.

Die Anfragen haben in möglichst entgegenkommender und einfacher Form zu erfolgen und bei der Erteilung der Auskunft sind den Arbeitgebern alle nur im Erreichung des erzielten Zweckes irgend vernünftigen Erleichterungen zu gewähren. Mit den Inhabern größerer Betriebe werden auch künftig zweckmäßigerweise Vereinbarungen über Zeit und Form der Auskunftserteilung getroffen werden können. Zur weitausgehenden Vereinfachung des Verfahrens wird es voraussichtlich beitragen, wenn, wie schon bisher vereinzelt, namentlich in Bergwerksbetrieben, geschieht, für jeden Arbeiter eine fortlaufend geführte Lohnkarte angelegt wird. Diese Karten können nach Abgabe dieser Karte zur freier Vereinbarung auch die in anderer Weise geführten Lohnlisten von den Arbeitgebern der Gemeindebehörde in Urchrift behufs Entnahme der erforderlichen Nachrichten überlassen werden. Es empfiehlt sich, Einrichtungen der angegebenen Art, die im allgemeinen Interesse der Arbeitgeber liegen, bei ihnen in geeigneter Weise anzulegen.

Die Fristen für die Beantwortung der gestellten Fragen müssen in verständiger Weise unter Berücksichtigung der besonderen Umstände des Falles gestellt werden. Die gesetzliche Mindestfrist von zwei Wochen wird im allgemeinen nur für Betriebe geringeren Umfangs und für Anfragen, die eine kleinere Zahl von Arbeitnehmern betreffen, ausreichend erscheinen. Für Arbeitgeber, denen die Beantwortung von Fragen für eine größere Anzahl von Arbeitern obliegt, werden die Fristen getauungiger zu bemessen sein.

Kinderkred in der englischen Fabrik und Hausindustrie.

Der kürzlich erschienene Jahresbericht der englischen Fabrikinspektion gibt traurige Einblicke in die Ausnutzung kindlicher Arbeitskraft in der Heimarbeit und als sog. „Halbzeiter“ in den Fabriken. Ueber die Kinder, die von frühesten Jugend, d. h. vom 4. oder 5. Lebensjahre an, in der Spinnindustrie helfen müssen, wird berichtet, daß sie alle an Kurztätigkeit leiden. Eine 13jährige kleine Spinnarbeiterin mußte von allen Arbeiten in der Spinnerei dispensiert werden, da sie der schwachen Augen wegen nicht leisten konnte. Ueber hies übermüdete Kinder lassen die Lehrer in den Dörfern, wo die Kinder als Halbzeiter in die Fabriken gehen. Trotzdem in manchen Gegenden ein Rückgang in diesem Sinne der Beschäftigung zu spüren ist, wurden doch noch 300.000 Kinder gezählt, die in Halbtageszeiten in Fabriken arbeiten; denn in manchen Gegenden ist auch eine Zunahme der Halbzeiter zu spüren, gerade wenn die lokalen Behörden die Kinder insge-

wollten und von ihrer Befugnis Gebrauch machten, das Zulassungsalter zur vollen Fabrikarbeit heraufzusetzen. So beschreibt z. B. die Inspektorin die Beschäftigung von kleinen Mädchen (Halbzeiter), die in einer Zwirn- und Garnfabrik die Unterscheidungsarbeiten auf die einzelnen Knäuelchen anstellen müssen. Sie lecken die Markte einfach mit der Zunge, etwa 30 Groß am Tage, und haben meist schon ganz runde Zungen davon bekommen. — Ein Uebelstand in der Heimarbeit, unter dem namentlich die unerfahrenen Kinder und auch die Frauen zu leiden haben, ist, daß sie nie vorher wissen, was sie an Lohn verdienen, daß ihnen alle möglichen Abzüge abgehakt werden und daß sie den Vermittlern, die ihnen die Arbeit zuteilen, hohe Prozente von ihrem Arbeitsverdienst abgeben müssen. Die Berichte der Fabrikinspektoren werfen auch ein Licht in die ungelunden Zustände der kleinen Wäschereien, ebenso werden manche arme Unausgebildeten in der Nahrungsmittelbranche enthüllt. In einem sehr engen Raum, in dem Tauben geschlachtet, gerupft und ausgenommen wurden, wurde gleichzeitig Butter fabriziert; in Badräumen fand man, der Wärme wegen, die gesamte Familienwäsche zum trocknen aufgehängt usw. — Die 300.000 kindlichen Halbzeitarbeiter bedeuten gegen das Vorjahr eine Zunahme von rund 30.000. Am stärksten war die Zunahme in den Spinnereien von Lancashire, ebenso in den irischen Flachspinnereien.

Versammlungstafel.

- Aachen-B. 17. Sept., 8 1/2 Uhr, bei Scheidweiler.
- Vogelsied. 15. Sept., 11 Uhr, bei Franzen, Drieselg.
- Sahlfrausen a. d. Mupper. 15. Sept., 3 Uhr, bei Gustav Meyer. 5 Uhr öffentliche Versammlung.
- Derselb. 15. Sept., 5 Uhr, bei Julius Dorley.
- Ebersfeld. 21. Sept., 8 1/2 Uhr, bei Ferkentraf, Klobbath.
- Spe (Weiß). 15. Sept., 6 Uhr, bei G. Kade.
- Gülskirchen. 22. Sept., 11 Uhr, bei Wtw. Peter Wilsch, Generalversammlung.
- M.-Gladbach-Hardterbroich-Besch. 22. Sept., 5 1/2 Uhr, bei Hubert Nussbaum, Felscherstraße, Sektionsversamm.
- M.-Gladbach-Gicken. 21. Sept., 8 Uhr, bei Oswald Schaefer, Mathiasstraße.
- M.-Gladbach-Vierth. 15. Sept., 11 Uhr, bei Stephan Zilles, Wei. zwedts Agitation zur Gewerkschaftsbildung.
- Greven. 15. Sept., 11 1/2 Uhr, bei Wtw. Wittinghoff.
- Selmendorf. 15. Sept., 3 1/2 Uhr, bei Kruppendorf. Mitgliederversammlung.
- Dornkirch. 15. Sept., 6 Uhr, bei Johann Plum, öffentliche Versammlung.
- Zöbenbüren. 15. Sept., 5 Uhr, bei Rothheide.
- Röthenbeck. 22. Sept., 5 Uhr, bei Repohl.
- Noers. 15. Sept., 11 Uhr, bei Taproggen.
- Neuenkirchen. 15. Sept., 11 1/2 Uhr, bei Jörting, Vorstands-Vertrauensmänner u. Aufsichtsb.-Versammlung.
- Nienkerf. 15. Sept., 11 Uhr, bei Heint. Wels.
- Orlich. 22. Sept., 4 Uhr, im „Weißen Hof“.
- Rheindahlen. 22. Sept., 9 1/2 Uhr, bei Joh. Wandelarb.
- Stegheim. 21. Sept., 9 Uhr, im Gasthof Mainz.
- Schleien. 22. Sept., 6 Uhr, bei Heint. Kappers.
- Waal (Solland). 22. Sept., 11 1/2 Uhr, bei Daukenberg.
- Verlantenheide. 15. Sept., 4 1/2 Uhr, bei Jol. Kahlen, Generalversammlung.
- Warendorf. 19. September, 1/8 Uhr, bei Cordes, Klosterstr., öffentliche Versammlung.
- Wettingen. 15. Sept., 11 1/2 Uhr, bei B. Volhage.

M.-Gladbach-Hardterbroich-Besch.

Gewerkschafts-Konsumverein „Fortschritt“, e. G. m. b. H. Samstag, den 28. Sept., abends 1/9 Uhr, bei Wiesel, Hardterbroich, ordentliche Generalversammlung. Der Aufsichtsrat.

(140 Mt.) Winand Mouton, Vorsitzender.

Hardt. Gewerkschafts-Konsumverein „Einigkeit“, e. G. m. b. H. Sonntag, den 22. September, nachmittags 1/8 Uhr, Generalversammlung bei Gelsch. Wilsen. Tagesordnung: 1) Entgegennahme der Jahresrechnung und Bilanz, 2) Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrates, 3) Beschlussfassung über Rückvergütung, 4) Wahl und Erziehung für Vorstand und Aufsichtsrat, 5) Mitteilungen. Um vollzähliges Erscheinen wird dringend gebeten. Der Aufsichtsrat.

(2.-Mt.) F. A. Josef Eichen, Vorsitzender.

Rheindahlen. Die Generalversammlung des Konsum-Vereins „Einigkeit“, e. G. m. b. H. findet am 22. September, nachmittags 6 Uhr, im lokale von Des Klever statt. Tagesordnung: 1) Geschäftsbericht und Bilanzvorlage, 2) Beschlussfassung über Verteilung von Reingewinnen, 3) Wahl von Vorstand- und Aufsichtsratsmitgliedern, 4) Berichtedienste. Um vollzähliges Erscheinen wird dringend gebeten. Der Aufsichtsrat.

(2.-Mt.) F. A. Friedrich Käppers.

Denn. Sonntag, den 22. September, nachmittags 1/8 Uhr, findet im lokale von Peter Gennels die Generalversammlung des Gewerkschafts-Konsumvereins „Selbsthilfe“ statt. T.-D.: 1) Umänderung des Statuts, 2) Geschäfts- und Kassenericht, 3) Bilanzvorlage, 4) Beschlussfassung der Rückvergütung, 5) Neuwahl an Stelle der auscheidenden Vorstand- und Aufsichtsratsmitglieder, 6) Berichtedienste. Alle Anträge zu dieser Versammlung müssen drei Tage vor der Zeit schriftlich beim Vorsitzenden eingereicht sein. Es werden alle Mitglieder sowie deren Frauen freundlichst ersucht, pünktlich zu erscheinen. Der Aufsichtsrat.

Lokalbeamter gesucht.

Für die Ortsgruppe M.-Gladbach soll ein zweiter Beamter freigestellt werden. Bewerber, welche mit den örtlichen Verhältnissen vertraut sein müssen, wollen ihre Offerte unter Beifügung des Lebenslaufes bis zum 22. September an den Kollegen Gottfried Bierbaum, M.-Gladbach, Blumenbergerstraße 34, mit der Aufschrift „Lokalbeamter“ versehen, einleiten. Der Vorstand der Ortsgruppe M.-Gladbach. J. A. Gottfried Bierbaum.

Aachen! Bekanntmachung. Aachen!

Bezirksrat der christlichen Gewerkschaften. Die Ortsstelle und örtliche Kommissionen derjenigen Orte im Bereiche des Bezirksratells, welche in diesem Winterhalbjahre einen Unterrichtskursus abhalten wollen, werden ersucht, sich bis Ende Sept. an das Sekretariat des Bezirksratells, Poststr. 58 zu wenden, woselbst die näheren Bedingungen mitgeteilt werden. Für die kindlichen Arbeiter, welche die Woche über in Aachen bleiben, wird ein Kursus in der Stadt abgehalten. Näheres wird noch bekannt gegeben. Der Vorstand, gez. Ew. Weber.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder: Ww. Luise Fiegenwald in Mülhausen i. Els. Joh. Schmidt in Krefeld. Jos. Mehr in Aachen. Paula Hessewig in Neuenkirchen. Ehre ihrem Andenken!